



Nr. 402 | 14.05.2021

Russland-Analysen

- Atomenergie
- Die Botschaft des Präsidenten

■ ANALYSE	
Zum 35. Jahrestag von Tschernobyl. Das sowjetische Erbe der russländischen Atomindustrie	2
Achim Klüppelberg (KTH Royal Institute of Technology in Stockholm)	
■ ANALYSE	
Russische Reaktoren und russischer Atommüll	6
Tatiana Kasperski (Universität Pompeu Fabra, Barcelona)	
■ DOKUMENTATION	
Russische Atomreaktoren weltweit	10
<hr/>	
■ ANALYSE	
Pandemie, soziale Lasten und »Feinde ringsum«	
Putins Botschaft an die Föderalversammlung am 21. April 2021	14
Hans-Henning Schröder (Bremen)	
■ UMFRAGEN	
Politische Stimmung in Russland	18
■ DEKODER	
Warum Putin dem Volk nichts mehr zu sagen hat	21
Tatjana Stanowaja (Carnegie Moscow Center)	
<hr/>	
■ RANKING	
Russen auf der Forbesliste der Milliardäre weltweit 2021	23
<hr/>	
■ STATISTIK	
Covid-19 in Russland, Stand 14. Mai 2021	27
■ CHRONIK	
Covid-19-Chronik, 12. April – 02. Mai 2021	29
<hr/>	
■ CHRONIK	
13. April – 01. Mai 2021	32

Zum 35. Jahrestag von Tschernobyl. Das sowjetische Erbe der russländischen Atomindustrie

Achim Klüppelberg (KTH Royal Institute of Technology in Stockholm)

DOI: 10.31205/RA.401.01

Zusammenfassung

Am 26. April 2021 jährt sich die Katastrophe von Tschernobyl zum 35. Mal. Gleichzeitig findet in Osteuropa eine Renaissance der Atomkraft statt. Rosatom, Russlands Staatsunternehmen für den Bau und Betrieb von Kernkraftwerken, ist dabei, ältere sowjetische Meiler auch außerhalb der GUS durch Neuentwicklungen zu ersetzen. Parallel wird der Reaktorexport massiv gefördert. Die Geschehnisse in Tschernobyl laden dazu ein, das nukleare Erbe der Sowjetunion näher zu betrachten und über Russlands Rolle im postsowjetischen Raum zu reflektieren. Erinnern heißt, die Sicherheit von Atomkraft zu hinterfragen.

Nordukraine, 26. April 1986

Nach einem fehlgeschlagenen Turbinentest, hervorgerufen durch Mängel im Reaktordesign, Bedienungsfehler und einer unzureichenden Sicherheitskultur, geschahen mehrere Explosionen im Reaktorblock vier des Atomkraftwerks Tschernobyl. Bald wurde deutlich, dass der Reaktor vollständig zerstört worden war. Giftige radioaktive Stoffe wurden in die Atmosphäre abgegeben und verteilten sich durch Wind und Wasser über weite Landstriche Eurasiens. Belarus, die Ukraine und Russland wurden besonders schwer getroffen. Der Reaktorkern lag für einige Tage offen unter freiem Himmel, bis Gegenmaßnahmen ergriffen werden konnten. Obwohl vieles nicht erfolgreich gewesen war, wie beispielsweise das Bedecken des Reaktorkerns mit durch von Hubschraubern abgeworfenem Sand, Bor und Blei, oder das kontinuierliche Fluten des Reaktorraums durch beschädigte Kühlleitungen während der ersten Tage der Katastrophe, konnte die Sowjetunion auch ihre Stärken in der schnellen Massenmobilisierung und Konzentration von Material ausspielen.

Während eine Sperrzone von schlussendlich dreißig Kilometern um den zerstörten Reaktor eingerichtet wurde, zog man eilends hunderttausende Helfer:innen ein. Diese Liquidator:innen versuchten unter Einsatz ihrer Gesundheit, und teilweise auch ihres Lebens, betroffene Gegenden zu dekontaminieren und die weitere Verbreitung von Radionukliden zu verhindern. Ihren Anstrengungen zum Trotz verteilten sich dennoch radioaktive Partikel über Landesgrenzen hinweg und beeinträchtigten die Gesundheit vieler Menschen. Bis heute kann nicht zuverlässig bestimmt werden, wie viele Opfer die Katastrophe tatsächlich forderte.

Eine der größten Leistungen der Liquidator:innen war die Errichtung des ersten Sarkophags, welcher schon im November desselben Jahres fertiggestellt wurde. Dieser schirmte den strahlenden Inhalt des zerstörten Reaktorraums notdürftig mit Betonplatten von der Umwelt

ab, wodurch weitere Aufräumarbeiten in der direkten Umgebung ermöglicht werden konnten. Zeitgleich wurden insgesamt 115.000 Menschen aus den umliegenden Ortschaften evakuiert und umgesiedelt. Neben der nächstgelegenen Stadt Pripjat wurde auch die Kleinstadt Tschernobyl selbst, sowie 485 weitere Dörfer verlassen.

Anfangs war die sowjetische Informationspolitik unzureichend, sodass den Evakuierten weder genug Zeit blieb ihre Abwesenheit vorzubereiten, noch war das notwendige Wissen vorhanden, um sich und ihre Familien vor dem Fallout zu schützen. Obwohl den Bewohner:innen anfangs in Aussicht gestellt wurde, bald heimkehren zu können, blieben ihre Siedlungen gesperrt.

Die drei verbliebenen Reaktorblöcke nahmen schnell ihre Arbeit wieder auf. Man schaltete sie erst von 1991 bis 2000 sukzessive ab. Parallel wurde vor Ort weiter an der Dekommissionierung gearbeitet. Ein Meilenstein war dabei die Fertigstellung des zweiten Sarkophags. Da der erste mit der Zeit bedeutende Mängel aufwies, wurde ein zweiter, viel größerer Schutz mit einer Lebensdauer von 100 Jahren über den ersten Sarkophag gefahren. Im Juni 2019 war er vollständig funktionstüchtig.

Das Trauma überwinden

Die Katastrophe in Tschernobyl hat die sowjetische Atomindustrie in ihrer Expansion nicht gänzlich aufgehalten. Dennoch bleibt zu konstatieren, dass das Wachstum entschieden verlangsamt wurde. Beispielsweise begann man in Kursk noch am 01. August 1986, also ungefähr drei Monate nach dem Unglück, mit der Errichtung eines neuen baugleichen Reaktors. Später wurde in Smolensk im Jahr 1990 ein weiterer in Betrieb genommen. Dieser wird voraussichtlich als letzter vom Typ Tschernobyl erst 2034 abgeschaltet werden. Zwar wurden als direkte Konsequenz aus dem Unglück baugleiche Reaktoren nachgebessert und Sicherheitsroutinen aktualisiert. Dennoch bleibt die Frage bestehen, ob die Sicherheit letztendlich gewährleistet werden kann.

In Zukunft wird versucht werden, das Atomkraftwerk (AKW) Tschernobyl und das umliegende Sperrgebiet der gesellschaftlichen Nutzung wieder zuzuführen. Die Technikhistorikerin Anna Storm hat darauf hingewiesen, dass solche Katastrophen postindustrielle Landschaftsnarben (»post-industrial landscape scars«), hinterlassen. Es sei an der jeweiligen Gesellschaft diskursiv zu entwickeln, wie mit ihnen umgegangen wird. Das Gelände, insbesondere als kontaminierter Ort, kann dabei als Andenken bewahrt, als Aussöhnungs-ort kuriert und als mögliche Stätte eines Neuanfangs gedacht werden.

So wurde in der Zone ein neues relativ kleines Solar-kraftwerk aufgebaut, welches die alte Infrastruktur wiederbelebt. Neben dem bereits etablierten Tourismus wurde vorgeschlagen, vorhandene Einrichtungen für die Lagerung benutzter Brennelemente aus anderen AKWs zu nutzen. Somit wird versucht, um bei Storms theoretischem Zugang zu bleiben, Tschernobyl als Narbe neu zu interpretieren und in etwas Nützliches umzuwandeln.

Pfadabhängigkeit und neuer Aufschwung

Nach 1991 war die ehemals sowjetische Atomindustrie schwer getroffen, da die vorherigen Unionsrepubliken unterschiedliche politische Wege einschlugen. Während Russland versuchte, die erarbeitete Infrastruktur zu erhalten, wandten sich andere Staaten schnell von allem Sowjetischen ab.

Russland, als Haupterbe der Sowjetunion, befand sich während der 1990er und der frühen 2000er Jahre in einer tiefen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformationskrise. Erst nach dieser Krise konnten die alten sowjetischen Entwicklungspläne ernsthaft wieder aufgenommen und im großen Stil an die neue Realität angepasst werden. Ein Wendepunkt war dabei die Inbetriebnahme des ersten Reaktors im AKW Wolgodonsk im Jahr 2001. Dies sollte eine Trendwende darstellen. Von nun an steigerte sich erneut im bedeutenden Maße sowohl die Anzahl wieder aufgenommener alter sowie neu angelegter Atomenergieprojekte. Zudem wurde begonnen, ältere AKWs am selben Standort durch neue Anlagen zu ersetzen. Russland benutzt dabei nun eigene Weiterentwicklungen früherer sowjetischer Reaktoren.

Nukleare Renaissance

Im April 2021 waren 444 zivile Atomkraftwerke mit einer Gesamtleistung von 394 Gigawatt elektrisch (GWe) am Netz. 54 weitere waren im Bau. Dabei schlägt sich das sowjetische Erbe in Osteuropa mit 74 aktiven Reaktoren und einer Gesamtkapazität von 54,8 GWe nieder. Dies entspricht einem weltweiten Anteil von ungefähr 16,7 % bei der Anzahl der Reaktoren und 13,9 % bei der Kapazität. Gleichzeitig kommen

auf Nordamerika und Westeuropa 219 Reaktoren mit einer Gesamtkapazität von 214,7 GWe.

Auch wenn bei dieser Statistik deutlich wird, dass das Gros weltweiter Atomstromproduktion nicht in Osteuropa stattfindet, ist es so, dass der Neubau von Kernkraftanlagen in Westeuropa und Nordamerika stockt und deren Gesamtzahl sinkt. Im Kontrast dazu steht Russland mit dem Staatsunternehmen Rosatom an der Spitze von dem, was als nukleare Renaissance in Osteuropa beschrieben werden kann. Rosatom verfolgt dabei eine Doppelstrategie.

Erstens werden eigene Atomanlagen modernisiert und Schlüsseltechnologien weiterentwickelt. Dabei wird auch ein Schwerpunkt auf die Demonstration neuer Innovationen gelegt, um diese international zu vermarkten. Das schwimmende AKW »Akademik Lomonossow«, welches von Sankt-Petersburg nach Pewek im Fernen Osten gebracht wurde, um das ehemalige Kernkraftwerk Bilibino zu ersetzen, zeigte der ganzen Welt, dass kleinere modulare Reaktoren auch als mobile Variante benutzt werden können. Der Einsatz in der Arktis spielte dabei eine besondere Rolle, sollte er doch demonstrieren, dass mit einem solchen Modell die Exploration der nun durch den Klimawandel wirtschaftlich gewordenen arktischen Bodenschätze flexibel möglich gemacht werden könnte. Mögliche Umweltschäden bleiben bei einer solchen Rechnung unbeachtet.

Das AKW Bilibino ist ein gutes Beispiel für das, was Daniel Headrick als Werkzeuge eines Imperiums (»tools of empire«) definiert hat. Das Kernkraftwerk wurde mit vier kleinen stationären Reaktoren á 12 Megawatt elektrisch (MWe) zur Elektrizitäts- und Wärmegewinnung gebaut, die die modulare Entwicklung auf der »Akademik Lomonossow« vorwegnahmen. Dieses Kraftwerk wurde im Permafrostgebiet gebaut und war damit das erste AKW, welches diesen klimatischen Bedingungen trotzte. Hierbei ging es darum, Gold und andere Bodenschätze zu fördern. Dadurch wurde das Gebiet für die Erschließung durch Europäer geöffnet, während es eigentlich traditionell von den Urvölkern der Tschuktschen und Ewenen genutzt wurde. Die industrielle Erschließung veränderte die Umwelt und führte auch zu ihrer Schädigung.

Zweitens versucht Rosatom seine neuen Reaktoren international zu verkaufen. Dabei verzeichnet der Staatskonzern einige Erfolge, wie beispielsweise in Finnland, der Türkei und Belarus. Es mag paradox erscheinen, dass ein Land, welches durch Tschernobyl so stark betroffen war und infolgedessen sowjetische Pläne für ein AKW in Minsk vehement bekämpfte, sich nach ungefähr drei Jahrzehnten selbst für die Atomkraft entscheidet. Auch wenn hier natürlich politische Ambitionen Putins und Lukaschenkas eine entscheidende Rolle gespielt haben, kann in diesem Vorgang der Versuch gesehen werden,

Tschernobyl hinter sich zu lassen. Bloß, anstatt diese Narbe als Anstoß für ein Umdenken zu deuten, entschloss sich die politische Führung das Gleiche im nationalen Rahmen erneut zu versuchen.

Eine Industrie im Wandel

Russlands Atomindustrie befindet sich nach einer Phase der Stabilisierung in einer Situation der Neuorientierung. Hierbei ist erstaunlich, dass obwohl immer noch neun Reaktoren vom Typ Tschernobyl in den AKWs Leningrad, Kursk und Smolensk regulär in Betrieb sind, Tschernobyl zumindest in offiziellen Verlautbarungen seitens der Industrie kaum Erwähnung findet. Anstatt diesen fundamentalen Teil der eigenen Geschichte anzunehmen und mit in künftige Planungen und in die Kommunikation mit der interessierten Öffentlichkeit aufzunehmen, um auch kritische Stimmen und Ängste ernstzunehmen, wird das Problem größtenteils ignoriert. Das Unglück von Fukushima-Daiichi vor zehn Jahren hat nochmals bewiesen, dass schwerwiegende Probleme in Kernkraftwerken stattfinden können – ungeachtet der soziopolitischen Verhältnisse vor Ort. Diese Möglichkeit muss ernstgenommen werden und in die bestehenden Kosten-Sicherheitsabwägungen miteinbezogen werden. Das sollte ein Teil der Anstrengungen Rosatoms sein, die Katastrophe von Tschernobyl zu überwinden.

Kleine Modularreaktoren und das Endlagerproblem

Während das Kerngeschäft die konventionellen Reaktoren der Entwicklungslinie der Wasser-Wasser-Energie-Reaktoren (WWER) bleiben werden, wird Rosatom es heute versuchen müssen, sich an die angepasste Weltlage nach Tschernobyl und Fukushima-Daiichi anzupassen und mit alternativen Reaktorkonzepten die Nachfrage nach Sicherheit und Flexibilität zu befriedigen.

Der Vorstoß mit dem schwimmenden AKW »Akademik Lomonossov« muss in diesem Sinne gedeutet werden. Es ist kein Zufall, dass obwohl es bereits Pläne für ein solches Kernkraftwerk in der Sowjetunion gegeben hatte, sie erst 2020 in Russland realisiert wurden. Russlands Wirtschaft basiert zum Großteil auf der Ausbeutung fossiler Energieträger. Das zurückgehende Eis in der Arktis ermöglicht es hier, neue Vorkommen zu erschließen. Allerdings liegen diese vielfach in schwer zugänglichem Gebiet mit harschen klimatischen Bedingungen. Die Idee, mit kleinen mobilen Modularreaktoren genügend Elektrizität und Wärme für genau solche Unternehmungen zu produzieren, stammt ebenfalls aus der Sowjetunion. Aber erst heute scheint sie aufgrund des Klimawandels und der geänderten wirtschaftlichen und geopolitischen Lage attraktiv zu werden.

Die zunehmende Skepsis gegenüber überdimensionierten Anlagen führt aus zwei Gründen dazu, weshalb

kleine Modularreaktoren eine bedeutende Rolle spielen werden. Erstens bedürfen sie viel weniger langfristiger Investitionen und zweitens sind sie flexibler im Einsatz. Da durch den Klimawandel die Wetterlage häufiger von Extremen beherrscht werden wird, ist es wahrscheinlich, dass konventionelle großangelegte AKWs Probleme mit einer ausreichenden Kühlwasserversorgung bekommen werden. Nur eine ununterbrochene Wasserversorgung garantiert aber den sicheren Betrieb einer solchen Anlage. Die letzten Hitzesommer zeigten bereits in Frankreich, dass Wassermangel auftreten kann. Hier offenbart sich eine wesentliche Stärke von modularen Reaktoren, können sie doch flexibel platziert und auch wieder abgebaut werden. Zusätzlich bedeuten kleinere Reaktoren auch potentiell weniger Gefahr beim Eintreten eines schwerwiegenden Störfalls.

Außerdem gibt es in Russland noch kein Endlager für Atommüll. Vielmehr wurde dieser in der Vergangenheit äußerst nachlässig gelagert. Kasperski und Stsianpanau konnten zeigen, dass die Verhandlungsprozesse innerhalb Russlands oftmals undemokratisch ablaufen. Dabei liegt es in Russlands eigenem Interesse, eine vernünftige Lösung zu finden, um die Attraktivität ihrer Exportreaktoren aufrechtzuerhalten. Denn diese werden oftmals in Form eines Sorglospakets verkauft. Russland kümmert sich um die Herstellung und Lieferung der Brennelemente, baut die Anlage im Ausland und verpflichtet sich genutzten Kernbrennstoff wieder anzunehmen. Dabei wird der Zielstaat vor einem großen Teil des Atommüllproblems bewahrt. Doch auch Russ:innen haben das Recht auf eine intakte Umwelt und ein gesundes Leben. In diesem Sinne sollte es eine demokratische und effektive Endlagersuche geben.

Ausblick

Während die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie noch abzuwarten bleiben, ist es klar, dass der Bau großer Reaktoren der WWER-Entwicklungslinie schon alleine durch die anstehende Erneuerung der russländischen Reaktorflotte weitergehen wird. Die Frage ist, inwieweit es Rosatom gelingen wird, Käufer in anderen Ländern zu finden. Es wird ausschlaggebend sein, inwiefern Sicherheitsbedenken ausgeräumt werden können. Das Angebot von kleineren modularen Modellen wird die Produktpalette ergänzen, aber auf absehbare Zeit nicht das Kerngeschäft ersetzen können. Dabei kommt es Rosatom zugute, dass es vom Staat getragen und auch als politisches Instrument eingesetzt wird.

Rosatom wird auf dem globalen Markt ein bedeutender Akteur bleiben und seine Position aufbauend auf dem sowjetischen Erbe festigen. Es bleibt zu wünschen, dass es sich mit der Katastrophe von Tschernobyl in dem Sinne beschäftigt, dass sie als Teil der Geschichte und als Mahnmal sowjetisch-russländischer Kernkraft ange-

nommen und diskutiert wird. Unfälle werden unweigerlich weiterhin in einem solch komplexen technologischen System passieren. Vielmehr gilt es zu verhindern, dass sich solche vom Ausmaß Tschernobyls und aktuell Fukushima-Daiichis nicht nochmal wiederholen. Offenheit, Transparenz und freie Diskussion könnten helfen, eine verbesserte Sicherheitskultur in der Atomindustrie herzustellen, um so vermeidbare Schäden für

Mensch und Umwelt auszuschließen. Tschernobyl war vermeidbar und muss als Beispiel dafür herhalten, was passieren kann, wenn kurzfristige monetäre Interessen über der Sicherheit stehen. Nur wenn es gelingt, die Wunde von Tschernobyl gesellschaftlich durch eine verbesserte Sicherheits- und Diskussionskultur heilen zu lassen, kann der Ort vielleicht eine Zukunft haben.

Über den Autor:

Achim Klüppelberg arbeitet als Doktorand am KTH Royal Institute of Technology in Stockholm zur sowjetischen Geschichte der Atomkraft.

Bibliographie

- Arndt, Melanie: Tschernobylkinder. Die transnationale Geschichte einer nuklearen Katastrophe, Göttingen 2019.
- Brown, Kate: Manual for Survival. A Chernobyl Guide to the Future, New York/ London 2019.
- Headrick, Daniel R.: Technology and Imperialism – The Tools of Empire: Technology and European Imperialism in the Nineteenth Century, New York/ Oxford 1981.
- Högselius, Per: The Decay of Communism. Managing Spent Nuclear Fuel in the Soviet Union, 1937–1991, in: Risk, Hazards & Crisis in Public Policy, 2010, Vol. 1, 4, Artikel 4.
- Ialenti, Vincent: Deep Time Reckoning. How Future Thinking Can Help Earth Now, Cambridge (MA)/ London 2020.
- Kasperski, Tatiana: From Legacy to Heritage. The Changing Political and Symbolic Status of Military Nuclear Waste in Russia, in: Cahiers du Monde Russe, 60/2-3 Avril-septembre 2018, S. 1–22.
- Kasperski, Tatiana: Nuclear Power in Ukraine. Crisis or Path to Energy Independence?, in: Bulletin of the Atomic Scientists, Vol.71 (4) 2015, S. 43–50.
- Kasperski, Tatiana und Stsiapanau, Andrei: Building trust in nuclear energy in a non-democratic context: the public, industry and nuclear waste in contemporary Russia, in: Journal of Risk Research, eingereicht 2020.
- Perrow, Charles: Normal Accidents. Living with High-Risk Technologies, Princeton 1999.
- Schmid, Sonja D.: Producing Power. The Pre-Chernobyl History of the Soviet Nuclear Industry, Cambridge (MA)/ London 2015.
- Storm, Anna: Post-Industrial Landscape Scars, New York 2014.

Russische Reaktoren und russischer Atommüll

Tatiana Kasperski (Universität Pompeu Fabra, Barcelona)

DOI: 10.31205/RA.401.02

Zusammenfassung

Russlands staatlicher Atomkonzern *Rosatom* zieht mit einer groß angelegten Strategie für die Atomkraft in der Russischen Föderation und darüber hinaus in das dritte Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts. Gleichzeitig steht Russland zehn Jahre nach Fukushima und 35 Jahre nach Tschernobyl vor dem äußerst schwer zu bewältigenden Problem, wie der radioaktive Abfall behandelt und entsorgt werden soll, der sich in und seit der Sowjetzeit angesammelt hat. Dieses Problem wird in den aktuellen Programmen nicht angemessen berücksichtigt. Das erzeugt erhebliche Risiken, insbesondere angesichts der mangelnden Transparenz bei den Abfallmengen und mit Blick auf die Aussichten für dessen sichere Entsorgung.

Einführung

Russlands staatlicher Atomkonzern *Rosatom* zieht mit einer groß angelegten Strategie für die Atomkraft in der Russischen Föderation und darüber hinaus in das dritte Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts. Die Vision besteht hier in Dutzenden neuer Atomkraftwerke mit weiterentwickelten Druckwasserreaktoren aus der Sowjetzeit (russ. Abk.: WWER) mit einer elektrischen Leistungsstärke von 1.100 Megawatt elektrisch (MWe), die die Wirtschaft der Nation antreiben und die Erschließung der arktischen Vorkommen an Öl, Gas und anderen Bodenschätzen beschleunigen sollen. *Rosatom* plant den Bau von Dutzenden WWER-Reaktoren für bereitwillige Kunden im Ausland. In der Tat haben Finnland, Iran, die Türkei, Ägypten, Indien, Belarus, Ungarn und auch Bangladesch Verträge über den Kauf russischer Reaktoren unterzeichnet, wobei eine Reihe von Projekten bereits vor dem Abschluss stehen.

Gegenwärtig gibt es in Russland 38 aktive Reaktoren, unter anderem einige kleinere Einheiten. *Rosatom* spricht allerdings von weiteren 21 geplanten und 28 angedachten Reaktoren, fast allesamt Druckwasserreaktoren mit 1.200 MWe. Was die graphitmoderierten wassergekühlten Siedewasserreaktoren (russ.: RBMK) wie den in Tschernobyl anbetrifft, so ist man in Russland der Ansicht, dass man diese Reaktoren immer noch sicher betreiben kann, trotz Mängeln an der Schutzhülle, der schnell wachsenden Menge abgebrannter Brennstäbe und notorischer Instabilitätsprobleme. Aufgrund verlängerter Lizenzen werden neun RBMK-Reaktoren bei Kursk, St. Petersburg und Smolensk einige Zeit weiterarbeiten. Zur Schließung des Brennstoffzyklus planen russische Ingenieure mit flüssigmetallgekühlten schnellen Brüttern und Standardeinheiten von 800 oder vielleicht 1.200 MWe; allerdings gab es Bauverzögerungen und ausufernde Kosten, die diese Technologie von Anfang an geplagt haben. In diesem Mix hat Russland darüber hinaus damit begonnen, schwimmende Atom-

kraftwerke einzusetzen, um im Ausland Kraftwerkseinheiten von 30 bis 80 MWe für jeweils 335 Millionen US-Dollar zu verkaufen.

Weisen diese ehrgeizigen Pläne darauf hin, dass Russlands Atomindustrie sich von der Katastrophe 1986 in Tschernobyl erholt hat, auch wenn die Kosten für die Umwelt und das Gesundheitswesen durch die radioaktive Verstrahlung noch etliche Zeit anfallen werden? Wie weit hat sich die russische Atomindustrie entwickelt, seit Reaktor 4 in Tschernobyl explodierte und radioaktive Stoffe in die Umgebung und die Atmosphäre streute, eine Reihe von Projekten zur Aufgabe zwang und letztendlich zum Zusammenbruch der Sowjetunion beitrug? Die Offiziellen und Atomphysiker von *Rosatom* schauen heute nur selten in den atomaren Rückspiegel – wenn sie die Vergangenheit berücksichtigen, dann allein, um der Todesopfer des Unfalls zu gedenken. Sie behaupten, sie hätten aus Tschernobyl gelernt und eine nukleare Katastrophe wie die von Fukushima Daiichi im März 2011 sei in Russland angesichts der technischen Sicherheitsspielräume der WWER-Reaktoren sowie der seismischen Stabilität schlichtweg unmöglich.

Reaktoren und Müll: Der Umgang mit dem sowjetischen atomaren Erbe

Ob Russland das Ziel erreichen wird, in den nächsten Jahren diese große Anzahl neuer Reaktoren zu bauen, ist die eine Frage. Eine andere ist das generelle Problem der radioaktiven Abfälle und wie damit umzugehen wäre. Zehn Jahre nach Fukushima und 35 Jahre nach Tschernobyl steht Russland (wie auch andere postsowjetische Staaten, insbesondere Belarus, die Ukraine und Kasachstan) immer noch vor der vertrackten Frage, wie mit den radioaktiven Abfällen umgegangen werden soll und wie sie zu entsorgen sind. Diese Probleme werden in den gegenwärtigen Programmen nicht angemessen berücksichtigt. Seit dem Beginn des Atomzeitalters haben sich allein in Russland Hunderte Millionen Kubikmeter flüs-

siger und Tonnen fester radioaktiver Abfälle angesammelt. Den Löwenanteil hat das Militär hinterlassen – über die Hälfte der weltweit angefallenen radioaktiven Abfälle. Bei vielen der bestehenden Standorte und Halten ist erst seit einem Jahrzehnt eine richtige Inventur unternommen worden. In Russland existieren darüber hinaus rund 24.000 Tonnen verbrauchter Kernbrennstoffe; bis 2050 werden es laut Prognosen 70.000 Tonnen sein. Diese Kernbrennstoffe, die in Russland im Unterschied zu vielen anderen Ländern nicht als radioaktive Abfälle gelten, werden bei den Atomkraftwerken und ohne große Aufarbeitung oder Vorbereitung in überfüllten Lagern aufbewahrt.

Ungeachtet des vermeintlich zentralisierten politischen Systems der Sowjetunion und der Planwirtschaft hinkte der Aufbau eines einheitlichen Systems zur Entsorgung radioaktiver Abfälle, bei dem eine Zentralbehörde für die Inventarisierung, das Monitoring und die Entsorgung der Abfälle zuständig ist, im Vergleich zu anderen Atomstaaten beträchtlich hinterher. In den 1940er und 1950er Jahren hatte die Nation riesige wissenschaftliche, materielle und menschliche Ressourcen mobilisiert, um den Bau der sowjetischen Atomombe voranzutreiben. Die Dringlichkeit der nationalen Verteidigung führte zu einem Vorrang der Waffenproduktion vor Sicherheitsfragen, auch vor einem sicheren Umgang mit radioaktiven Abfällen. Die Abfälle wurden oft direkt in die Umwelt gekippt oder schlecht gelagert, was zu Unfällen und Umweltverschmutzung führte. Schließlich errichtete die sowjetische Regierung Ende der 1950er Jahre ein *Radon* betiteltes System von Unternehmen für den Umgang mit radioaktiven Abfällen. *Radon* war jedoch nur für einen Bruchteil der Abfälle zuständig, nämlich jene, die in der Medizin, in Forschungsinstitutionen und anderen Organisationen außerhalb des nuklearen Brennstoffkreislaufs und der Waffenproduktion entstanden waren. Als das Atomprogramm in den 1970er und 1980er Jahren massiv ausgeweitet wurde, wuchs die Zahl der Abfallproduzenten und die Abfallmenge beträchtlich. Für eine sichere Lagerung und Entsorgung fehlte aber weiterhin ein umfassender Ansatz wie auch die Infrastruktur.

Der Unfall in Tschernobyl und die Liberalisierung des politischen Regimes in der Sowjetunion, auf die der Zusammenbruch der UdSSR folgte, ließen dann die Umweltfolgen der militärischen und der zivilen Atomindustrie deutlich werden. Dass zog eine intensive internationale Prüfung, eine ernste Untersuchung der Ausmaße der radioaktiven Verschmutzung sowie eine Planung der Altlastensanierung nach sich. Zudem gab es mehrere Versuche, Gesetze zum Umgang mit radioaktiven Abfällen zu erlassen. Es sollten dann allerdings noch zwei Jahrzehnte vergehen, bis 2011 ein umfassendes Gesetz über den Umgang mit radioaktiven Abfällen verabschie-

det wurde. Es entstand eine neue Struktur (das Staatsunternehmen »Nationaler Betreiber für den Umgang mit radioaktiven Abfällen«), die für den Umgang und die Entsorgung der Abfälle zuständig wurde. Allerdings scheint sich das Entsorgungsregime jetzt nahezu gänzlich auf das Erbe früherer radioaktiver Abfälle, auf deren Rechtfertigung und auf kurzfristige Schadensbegrenzung zu konzentrieren, und weniger auf eine angemessene Behandlung der Abfälle und eine nachhaltige Sanierung kontaminierter Gebiete. Dieser Ansatz machte eine Neudefinierung von radioaktiven Abfällen in einem positiveren Licht erforderlich, nämlich als logische und heroische Folge der Erfordernisse des Kalten Krieges.

Von Abfällen zum Ruhm

Die Nachforschungen und Entdeckungen der späten 1980er und frühen 1990er Jahre brachten unter anderem ans Tageslicht, dass die Sowjetunion radioaktive Abfälle in das Nordpolarmeer gekippt hatte – ungeachtet der Verpflichtungen aus der Londoner Konvention (dem Übereinkommen über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Versenken von Abfällen und anderen Stoffen, auch »LC72« genannt). Schließlich wies Boris Jelzin eine spezielle Regierungskommission an, eine Inventur der U-Boot-Reaktoren, der verbrauchten Kernbrennstoffe und anderer flüssiger oder fester radioaktiver Abfälle vorzunehmen, die von 1959 bis 1992 verklappt worden waren. Nichtregierungsorganisationen wie *Greenpeace* oder *Bellona* haben dazu beigetragen, dass mehr Wissen zu diesen Abfällen in der Arktis vorhanden ist. Es geht um 17.000 Container und 19 Schiffe mit radioaktiven Abfällen sowie 14 Atomreaktoren (5 davon mit verbrauchtem Kernbrennstoff), anderen radioaktiven Müll und mindestens fünf verstreut umherliegende U-Boote, ganz zu schweigen von dem umfangreichen Fallout durch 93 Atomwaffentests in der Arktis und den »friedlichen nuklearen Explosionen«, die zu Bergbauzwecken auf der Halbinsel Kola durchgeführt wurden.

Das Establishment des sowjetischen bzw. russischen Militärs und der Sicherheitsbehörden, die unter Gorbatschow und Jelzin einen Großteil ihrer Finanzierung und ihres Ansehens verloren, stellten sich dieser neuen öffentlichen Aufmerksamkeit für die Verklappung von Atommüll entgegen. Das galt insbesondere hinsichtlich des beklagenswerten Zustands der Infrastruktur von Flotte und Militär. Dieser Widerstand führte dazu, dass einige Personen, die Materialien weitergegeben hatten, welche *nun nicht mehr der Geheimhaltung unterlagen*, strafrechtlich verfolgt wurden. Im bekanntesten dieser Fälle wurde Aleksandr Nikitin, ein ehemaliger Marineoffizier, der von 1987 bis 1992 beim Inspektionsdienst für die Sicherheit der Atomanlagen im Bereich des sowjetischen und russischen Verteidigungsministeriums gear-

beitet hatte (seit 1994 ist er für die norwegische NGO *Bellona* tätig), zunächst vom FSB verhaftet, dann wegen Landesverrats angeklagt, vier Mal vor Gericht gezeitert und schließlich 2000 vom Obersten Gericht Russlands vollumfänglich freigesprochen.

Das Ende des Falls Nikitin fiel mit dem Beginn der Präsidentschaft von Wladimir Putin zusammen, wie auch mit Versuchen, Russlands Status als Supermacht wiederherzustellen, den Militärhaushalt zu erhöhen und in einen neuen mächtigen Atomkonzern, die staatliche Korporation *Rosatom* zu investieren. Diese Phase wurde auch zum Wendepunkt beim Umgang mit dem Atommüll und den Problemen mit der Umweltverschmutzung. Durch einen Wandel weg von (erfolglosem) Widerstand gegen die so wichtige Offenlegung der Dimensionen des Problems arbeiteten schließlich verschiedene zivile und militärische Atominstitutionen und -organisationen zusammen, um Lösungen zu suchen. Zum Teil geschah das mit Unterstützung durch internationale Kooperationsprojekte wie etwa die »Globale Partnerschaft gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und -materialien« der G8. Die russische Regierung finanzierte zwei große staatliche Programme zur atomaren und zur Strahlensicherheit. Das eine lief von 2008 bis 2015, das zweite läuft seit 2016 und soll 2025 enden. Wenig überraschend stellte sich die Aufgabe einer Inventur und Untersuchung des angehäuften Atommülls wegen der beträchtlichen Menge radioaktiver Abfälle als wenig ermutigend heraus: ein Teil ist an unbekanntem Orten in unklarem Zustand vergraben.

Eine Anzahl russischer Offizieller und Wissenschaftler waren fast stolz, diese Aufgabe einer Inventur des nuklearen Erbes zu übernehmen. Das *Institut für Probleme der sicheren Entwicklung der Atomenergie* der Russischen Akademie der Wissenschaften (russ. Abk.: IBRAE; gegr. 1988) hat hierzu drei umfangreiche Bände veröffentlicht. Die Autoren der Monographien bekräftigen, dass Atommüll unausweichlich der Preis sei, der in der Schlacht des Kalten Krieges mit den USA für das ausnehmend dringliche und unbedingt erfolgreiche Forschungs- und Entwicklungsprogramm des Militärs zu zahlen war. Das Establishment der russischen Atomindustrie hat somit das Problem des angesammelten toxischen Müllers in einem positiven Licht neu definiert, nämlich als Teil der ruhmreichen sowjetischen Geschichte des Atomwaffenbaus, einer Antwort auf die amerikanische Bedrohung und auf Hiroshima und Nagasaki. In diesem Kontext setzte Russland seine Würdigung und Lobpreisung sowohl des zivilen wie auch des militärischen Atomprogramms und seiner sowjetischen Geschichte fort. So nahm beispielsweise die »Zarenbombe«, die weltweit größte thermonukleare Bombe [eine Wasserstoffbombe, die 1961 unter der sowjetischen Projektbezeichnung AN 602 auf der

arktischen Insel Nowaja Semlja zur Explosion gebracht wurde – Anm. d. Red.], in einer Moskauer Ausstellung zum 70. Jahrestag der russischen Atomindustrie im September 2015 einen zentralen Platz ein.

»Spezielle« Abfälle und das Fehlen gesellschaftlicher Kontrolle

Das Überwiegen von kurzfristigen Sanierungsstrategien und Rechtfertigungen vergangener »Ruhmesblätter« schlägt sich deutlich in den jüngst eingeführten rechtlichen Kategorien in Bezug auf die angesammelten radioaktiven Abfälle nieder. Gemäß dem Gesetz von 2011 werden alle Abfälle, die bis dato entstanden waren, in »spezielle« und »entfernbar« Abfälle unterteilt. Als speziell wurden jene Abfälle definiert, bei denen die Risiken und Kosten einer Verbringung vom derzeitigen Standort zu hoch erschienen. Diese Abfälle waren am gegebenen Ort sicher zu isolieren. Allerdings machen diese »speziellen« Abfälle über 99,9 Prozent aller angesammelten flüssigen radioaktiven Abfälle und über 82 Prozent des Volumens der festen Abfälle aus. Somit ist der Umgang mit radioaktiven Abfällen heute in Russland ganz überwiegend auf eine Anpassung der bereits bestehenden Lagerstandorte konzentriert.

Spezielle Abfälle sind in vielen der geschlossenen Militärstädte vorhanden, die im Kalten Krieg der Produktion von Atomwaffen dienten. Einer der berühmtesten Standorte ist Majak, die erste Plutoniumfabrik der UdSSR, die im Ural in der Nähe von Tscheljabinsk steht. Zu dem Komplex gehört der Karatschaj-See, drei weitere Seen sowie vier künstliche Staubecken im Fluss Tetscha, die seit den 1940er Jahren in radioaktive Müllkippen verwandelt wurden. Seit jener Zeit bis in die 2000er Jahre hinein sind die Anlagen von Majak und die umliegenden Gebiete Schauplatz einer geplanten »Entsorgung« hochradioaktiver Abfälle gewesen, die allerdings auch aufgrund von Unfällen in die Umwelt gelangten. Der weithin bekannteste (auch wenn er erst 1989 offiziell eingestanden wurde) war die Explosion eines Abfalltanks aufgrund einer chemischen Reaktion, die 1957 zur »Katastrophe von Kyschtym« führte. Dieser und andere Unfälle hatten zur Folge, dass in nahegelegenen Dörfern Tausende Menschen Strahlungen ausgesetzt waren und riesige Gebiete kontaminiert wurden, unter anderem die rund 20.000 Quadratkilometer des »Wostotschno-Uralskij radioaktiwnyj sled« (russ. Abk.: WURS; dt. in etwa: »Radioaktive Ostursalspur« – heute Teil eines »radioaktiven Naturreservats«; Anm. d. Red.). Nadeschda Kutepowa, eine Bewohnerin der Stadt Osjorsk (ehemals »Tscheljabinsk-40«, Standort von Majak), hat versucht, sich für die Rechte der Bevölkerung vor Ort einzusetzen und hierzu 2004 die NGO »Planet der Hoffnung« gegründet. Sie hat für ihre Arbeit internationale Anerkennung erlangt, auch von

der lokalen Führung der Sicherheitsbehörden. Nachdem sie jedoch im Fernsehen der »Industriespionage« beschuldigt wurde, wollte Kutepowa nicht erst eine formale Anklage abwarten und floh 2015 nach Frankreich.

Dieses Beispiel zeigt, dass eine öffentliche Prüfung des Umgangs mit den Abfällen aufgrund des größtenteils militärischen Ursprungs extrem schwierig sein dürfte. Wenn Änderungen am rechtlichen Status und der Praxis noch eine gesellschaftliche Beteiligung möglich gemacht haben, etwa durch öffentliche Anhörungen zum Standort eines Endlagers für radioaktive Abfälle, so sind die politischen Prozesse hier alles andere als transparent. Da NGOs regelmäßig vom Staat drangsaliert und verfolgt werden, erscheint mehr Transparenz in diesem Bereich

umso unwahrscheinlicher. Ohne nachhaltigen öffentlichen und internationalen Druck (wie es ihn etwa nach Tschernobyl gegeben hatte) und eine anfängliche Untersuchung der radioaktiven Abfälle, sind jedwede Fortschritte, die in diesem Bereich erzielt wurden, in Gefahr. Und ein immer stärker autoritär regiertes Russland wird seine »Atomrenaissance« nach Fukushima – nach dem Motto: Atompotential für den Frieden zu Hause und Reaktorverkäufe im Ausland – in einem Umfeld vorantreiben, in dem neue Unfälle mit radioaktiven Abfällen und Kontamination zunehmend möglich sind.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über die Autorin

Tatiana Kasperski ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Pompeu Fabra in Barcelona. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Politik und Geschichte der Atomenergie, insbesondere im postsowjetischen Raum. Von ihr ist unter anderem erschienen: *Les politiques de la radioactivité: Tchernobyl et la mémoire nationale en Biélorussie contemporaine* (Paris: Petra 2020).

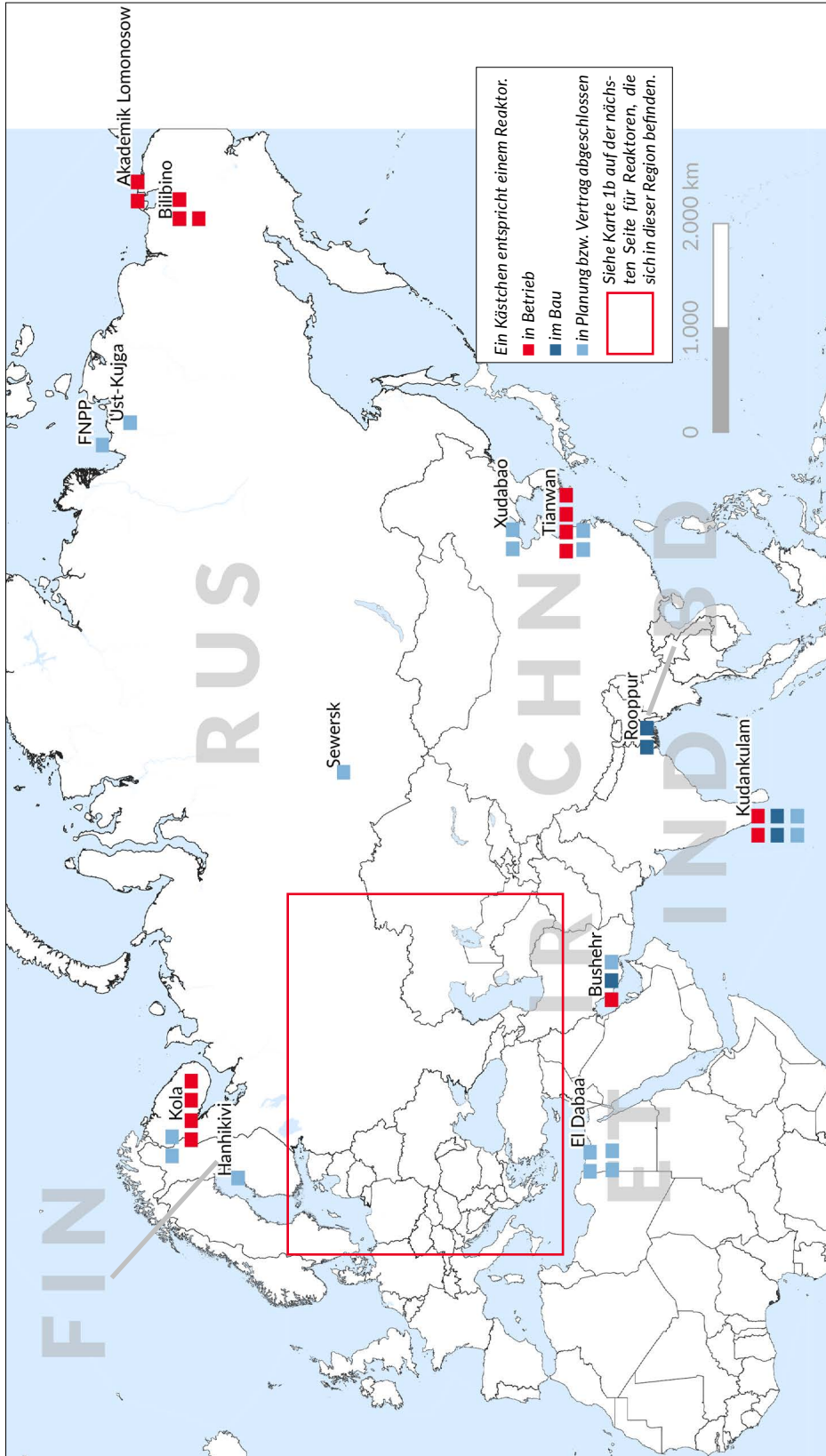
Lesetipps

- Brown, Kate: *Plutopia: Nuclear Families, Atomic Cities, and the Great Soviet and American Plutonium Disasters*, Oxford: Oxford University Press 2012.
- Josephson, Paul: *Red Atom: Russia's Nuclear Power Program from Stalin to Today*, Pittsburgh: University of Pittsburgh Press 2005.
- Kasperski, Tatiana: *From Legacy to Heritage: The Changing Political and Symbolic Status of Military Nuclear Waste in Russia*, in *Cahiers du Monde Russe*, vol. 60.2019, Nr. 2-3, S. 517–538.
- Kasperski, Tatiana: *Nuclear Dreams and Realities in Contemporary Russia and Ukraine*, in: *History and Technology*, 31.2015, Nr. 1, S. 55–80.
- Schmid, Sonja: *Producing power: the pre-Chernobyl history of the Soviet nuclear industry*, Cambridge: MIT Press 2014.

DOKUMENTATION

Russische Atomreaktoren weltweit

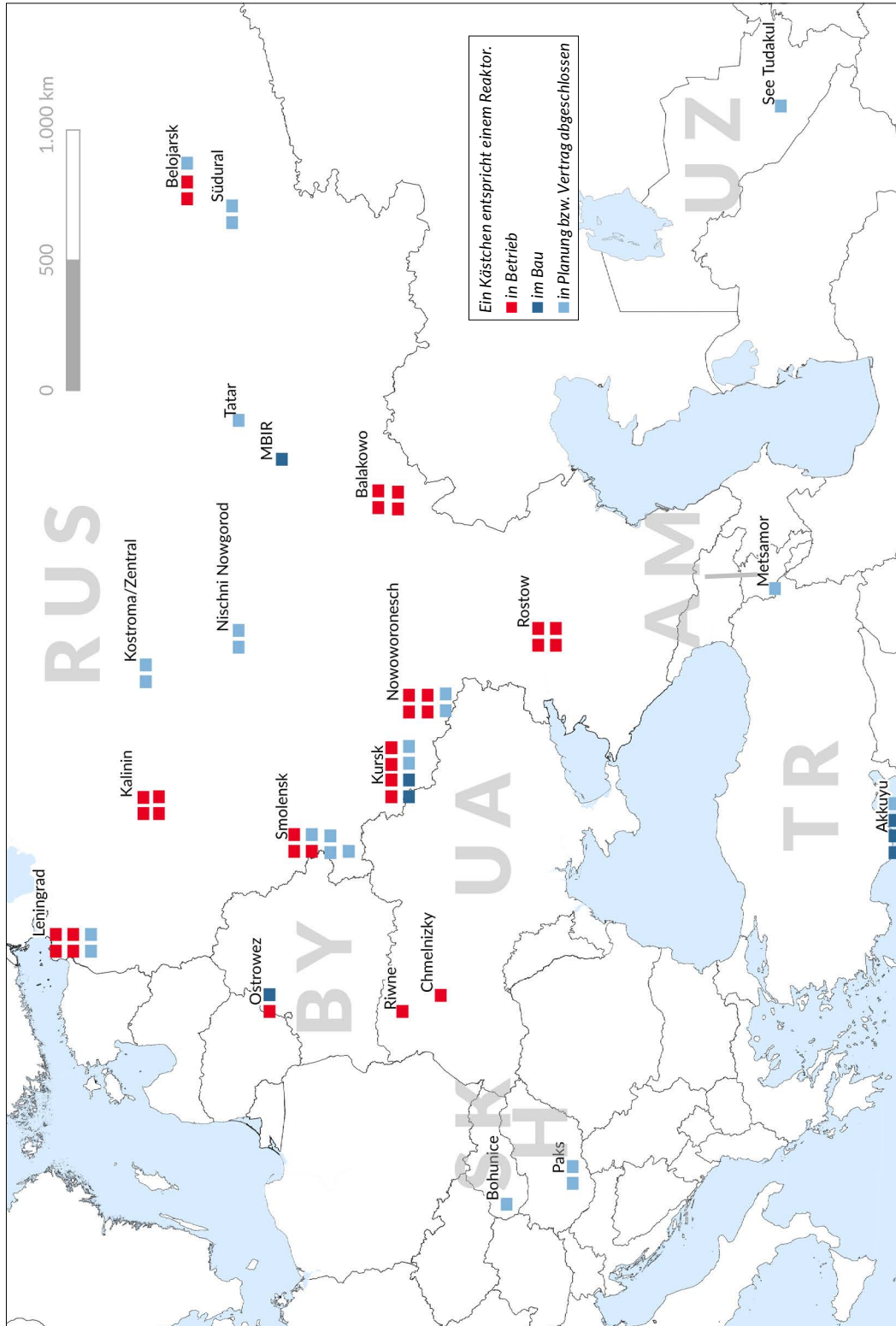
Karte 1a: Atomreaktoren sowjetischer/russischer Bauart in der russischen Polarregion, Sibirien, Finnland, Ägypten, Iran, Indien, China und Bangladesch (in Betrieb, im Bau und in Planung bzw. Vertrag abgeschlossen)



Abkürzungen der Ländernamen: BD – Bangladesch, CHN – China, ET – Ägypten, FIN – Finnland, IND – Indien, IR – Iran, RUS – Russische Föderation
 Dargestellt werden aktiv betriebene Atomkraftwerke (AKWs), im Bau befindliche und fest geplante AKWs, d. h. genehmigte und oder vertraglich vereinbarte, stillgelegte oder offiziell beworbene AKWs sind nicht in der Karte verzeichnet.

Quelle: Länderprofil Russland der World Nuclear Association online über <https://www.world-nuclear.org/information-library/country-profiles/countries-o-s/russia-nuclear-power.aspx>, Power Reactor Information System der International Atomic Energy Agency online über <https://pris.iaea.org/PRIS/CountryStatistics/CountryDetails.aspx?current=RU> und Liste der AKWs in Russland und Projekte (Soorushe-nijarrossijskij aes sa rubeshom) von Rosenergoatom online über <https://www.rosenergoatom.ru/en/npp/> und https://www.rosenergoatom.ru/stations_projects/perspektivy-sooruzheniya-rossijskikh-aes-za-rubeshom/. Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

Karte 1b: Atomreaktoren sowjetischer/russischer Bauart im westlichen Teil Russlands, in Armenien, Belarus, der Ukraine, der Türkei, der Slowakei, Ungarn, der Ukraine und Usbekistan (in Betrieb, im Bau und in Planung bzw. Vertrag abgeschlossen)



Abkürzungen der Ländernamen: AM – Armenien, BY – Belarus, H – Ungarn, RUS – Russische Föderation, SK – Slowakei, TR – Türkei, UA – Ukraine, UZ – Usbekistan
 Dargestellt werden aktiv betriebene Atomkraftwerke (AKWs), im Bau befindliche und fest geplante AKWs, d. h. genehmigte und oder vertraglich vereinbarte, stillgelegte oder offiziell beworbene AKWs sind nicht in der Karte verzeichnet.

Quelle: Länderprofil Russland der World Nuclear Association online über <https://www.world-nuclear.org/information-library/country-profiles/countries-o-s/russia-nuclear-power.aspx>, Power Reactor Information System der International Atomic Energy Agency online über <https://pris.iaea.org/PRIS/CountryStatistics/CountryDetails.aspx?current=RU> und Liste der AKWs in Russland und Projekte (Soorusheniya rossijskikh aes sa rubeshhom) von Rosenergoatom online über <https://www.rosenergoatom.ru/en/npp/> und https://www.rosenergoatom.ru/stations_projects/perspektivny-sooruzheniya-rossijskikh-aes-za-rubezhom/, Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

Tabelle 1: Atomkraftreaktoren in Russland

Reaktor	Status	(voraussichtlich) in Betrieb seit	lizenzierter Betrieb bis oder geplante Stilllegung in	Baubeginn der geplanten Anlagen
Akademik Lomonosow 1	in Betrieb, mobil	Mai 2020	2029	
Akademik Lomonosow 2	in Betrieb, mobil	Mai 2020	2029	
Balakowo 1	in Betrieb	Mai 1986	2043	
Balakowo 2	in Betrieb	Januar 1988	2033	
Balakowo 3	in Betrieb	April 1989	2049	
Balakowo 4	in Betrieb	Dezember 1993	2053	
Belojarsk 3	in Betrieb	November 1981	2030	
Belojarsk 4	in Betrieb	Oktober 2016	2056	
Belojarsk 5	geplant	2036		2025
Bilibino 2	in Betrieb	Dezember 1974	2025	
Bilibino 3	in Betrieb	Dezember 1975	2021	
Bilibino 4	in Betrieb	Januar 1977	2021	
Kalinin 1	in Betrieb	Juni 1985	2045	
Kalinin 2	in Betrieb	März 1987	2047	
Kalinin 3	in Betrieb	November 2005	2065	
Kalinin 4	in Betrieb	September 2012	2072	
Kola 1	in Betrieb	Dezember 1973	2033	
Kola 2	in Betrieb	Februar 1975	2034	
Kola 3	in Betrieb	Dezember 1984	2029	
Kola 4	in Betrieb	Dezember 1984	2039	
Kola II-1	geplant	bis 2030		geplant
Kola II-2	geplant			geplant
Kostroma/Zentral 1	geplant	bis 2030		geplant
Kostroma/Zentral 2	geplant	bis 2030		geplant
Kursk 1	in Betrieb	Oktober 1977	2022	
Kursk 2	in Betrieb	August 1979	2024	
Kursk 3	in Betrieb	März 1984	2029	
Kursk 4	in Betrieb	Februar 1986	2031	
Kursk 2-1	im Bau	April 2022		
Kursk 2-2	im Bau	2023		
Kursk II-3	geplant	2028 oder später		geplant
Kursk II-4	geplant	2030 oder später		geplant
Leningrad 3	in Betrieb	Juni 1980	2025	
Leningrad 4	in Betrieb	August 1981	2026	
Leningrad II-1	in Betrieb	Oktober 2018	2078	
Leningrad II-2	in Betrieb	März 2021	2079	
Leningrad II-3	geplant	2027 oder später		2022
Leningrad II-4	geplant	2027 oder später		2023
MBIR	im Bau, Forschungsreaktor	2028		
Nischni Nowgorod 1	geplant	2028		geplant

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Tabelle 1: Atomkraftreaktoren in Russland (Fortsetzung)

Reaktor	Status	(voraussichtlich) in Betrieb seit	lizenzierter Betrieb bis oder geplante Stilllegung in	Baubeginn der geplanten Anlagen
Nischni Nowgorod 2	geplant	2030		geplant
Nowoworonesch 4	in Betrieb	März 1973	2032	
Nowoworonesch 5	in Betrieb	Februar 1981	2035	
Nowoworonesch II-1 (/6)	in Betrieb	Oktober 2018	2077	
Nowoworonesch II-2 (/7)	in Betrieb	März 2021	2077	
Nowoworonesch II-3	geplant			geplant
Nowoworonesch II-4	geplant			geplant
Rostow 1	in Betrieb	März 2001	2031	
Rostow 2	in Betrieb	Oktober 2010	2040	
Rostow 3	in Betrieb	September 2015	2045	
Rostow 4	in Betrieb	September 2018	2048	
FNPP (Sacha?)	mobil	2027		geplant
Seversk	geplant	2026		2021?
Smolensk 1	in Betrieb	September 1983	2028	
Smolensk 2	in Betrieb	Juli 1985	2030	
Smolensk 3	in Betrieb	Januar 1990	2034	
Smolensk II-1	geplant	2027		2022
Smolensk II-2	geplant	2029		2024
Smolensk II-3	geplant			geplant
Smolensk II-4	geplant			geplant
Südüral 1	geplant	2035 oder später		geplant
Südüral 2	geplant	2035 oder später		geplant
Tatar	geplant	bis 2030		geplant
Ust-Kujga, Jakutien	geplant	2028?		2024

Quelle: Länderprofil Russland der World Nuclear Association online über <https://www.world-nuclear.org/information-library/country-profiles/countries-o-s/russia-nuclear-power.aspx>, Power Reactor Information System der International Atomic Energy Agency online über <https://pris.iaea.org/PRIS/CountryStatistics/CountryDetails.aspx?current=RU> und Liste der AKWs in Russland von Rosenergoatom online über <https://www.rosenergoatom.ru/en/npp/>.

Tabelle 2: Russische (sowjetische) Atomkraftreaktoren weltweit

Land	Reaktor	Status
Ägypten	El Dabaa 1 – 4	Vertrag abgeschlossen
Armenien	Metsamor 3	Vertrag abgeschlossen
Bangladesch	Rooppur 1 – 2	im Bau
Belarus	Ostrowets 1	in Betrieb
	Ostrowets 2	im Bau
China	Tianwan 1 – 4	in Betrieb
	Tianwan 7 – 8	Vertrag abgeschlossen
	Xudabao 3 – 4	Vertrag abgeschlossen
Finnland	Hanhikivi 1	Vertrag abgeschlossen
Indien	Kudankulam 1 – 2	in Betrieb
	Kudankulam 3 – 4	im Bau

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Tabelle 2: Russische (sowjetische) Atomkraftreaktoren weltweit (Fortsetzung)

Land	Reaktor	Status
Indien	Kudankulam 5 – 6	geplant
Iran	Bushehr 1	in Betrieb
	Bushehr 2	im Bau
	Bushehr 3	Vertrag abgeschlossen
Slowakei	Bohunice V3	geplant
Türkei	Akkuyu 1 – 3	im Bau
	Akkuyu 4	Vertrag abgeschlossen
Ukraine	Chmelnitski 2	in Betrieb
	Riwne 4	in Betrieb
Ungarn	Paks 5 – 6	geplant
Usbekistan	See Tudakul	geplant

Quelle: Länderprofil Russland der World Nuclear Association online über <https://www.world-nuclear.org/information-library/country-profiles/countries-o-s/russia-nuclear-power.aspx>, Projekte von Rosenergoatom (Soorusheniya rossijskich aes sa rubeshhom) online über https://www.rosenergoatom.ru/stations_projects/perspektivy-sooruzheniya-rossijskikh-aes-za-rubezhom/.

ANALYSE

Pandemie, soziale Lasten und »Feinde ringsum«

Putins Botschaft an die Föderalversammlung am 21. April 2021

Hans-Henning Schröder (Bremen)

DOI: 10.31205/RA.401.03

Zusammenfassung

Am 21. April 2021 präsentierte Präsident Putin der Föderalversammlung, die beide Häuser des Parlaments umfasst, seinen alljährlichen Rechenschaftsbericht – die Botschaft an die Föderalversammlung. Er thematisierte darin die Corona-Pandemie mit ihren Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft und kündigte Maßnahmen an, um das Wirtschaftswachstum wiederherzustellen und den Lebensstandard wieder anzuheben. Putin berichtete von der geplanten Regionalreform und ging zum Schluss kurz auf die internationale Lage ein. Der Präsident betonte, Russland werde alles tun, um seine Interessen zu verteidigen.

In der gegenwärtigen schwierigen Situation entwickelt die Putinsche Führung keine konstruktiven politischen Ideen. Urteilt man nach der »Botschaft« existiert für die Gesellschaftspolitik kein Konzept, das über die Verteilung von Geldsubventionen an die Bevölkerung hinausgeht. Es gibt anscheinend auch keine Vorstellung von einer konstruktiven Rolle Russlands in der internationalen Politik. Der Putinschen Elite fehlt die Phantasie, die Einsicht und die Kraft, die Probleme anzugehen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass Putins Russland in ein Szenario *Breshnew 2.0* hineinsteuert.

Russland im Frühjahr 2021

Russland steht im Frühjahr 2021 vor schwierigen Aufgaben. Das Land ist – wie viele andere Länder auch – von der Corona-Pandemie betroffen. Gesundheits- und Sozialsystem sind großen Belastungen ausgesetzt, die Wirtschaftsentwicklung leidet unter den Einschränkungen, die die Pandemie erzwingt. Die Krise trifft

eine Volkswirtschaft, die durch die Finanzkrise 2008 und die Wirtschaftskrise in Folge der Krim-Annexion schon angeschlagen ist. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, das 2015 negativ war und sich dann langsam wieder erholte, schreibt 2020 mit –3 % wieder rote Zahlen. Die ökonomischen Schwierigkeiten wirkten sich auch im sozialen Bereich aus. Die Reallöhne

waren 2014 eingebrochen und hatten erst 2018 wieder das Niveau von 2014 erreicht.

Im Gefolge der wirtschaftlichen und sozialen Stagnation nahm die Akzeptanz des Präsidenten und seiner Regierung in der Bevölkerung ab. Im März 2021 nannten gerade einmal 27 % der Befragten den Namen Putin, als sie 5 – 6 Politiker bezeichnen sollten, denen sie vertrauen – 2014 hatte der Wert bei 60 – 70 % gelegen. Dass Putin 2018 für die von der Bevölkerungsmehrheit abgelehnte Rentenreform eintrat, hat seinem Image nachhaltig geschadet. Nimmt man diese Daten zusammen – das geringe Vertrauen in die russische Politikerkaste insgesamt und der sinkende Vertrauenswert für Putin –, dann wird deutlich, dass die politische Führung nicht mehr auf Akzeptanz durch die Bevölkerung rechnen kann. Der Gesellschaftsvertrag der Ära Putin – die Bürger halten sich politisch zurück, dafür sichert ihnen die Führung ein gutes Auskommen – hat keinen rechten Bestand mehr. Ein Symptom dafür sind verschiedene und inhaltlich sehr unterschiedliche Protestaktionen des letzten Jahres: die Massendemonstrationen in Chabarovsk nach der Verhaftung von Gouverneur Furgal wie auch die russlandweite, von der Teilnehmerzahl her eher begrenzte Aktion zur Unterstützung Aleksej Nawalnyjs.

Die wachsende Distanz von Teilen der Gesellschaft zur offiziellen Politik mag der Grund sein, dass die Führung zunehmend auf Repression setzt. Eine effektive Überwachung gesellschaftlicher Aktivitäten ist für die Putin-Administration auch deshalb notwendig, weil nach der Sommerpause Parlamentswahlen stattfinden, in denen der Führungsapparat zeigen muss, wieweit er in der Lage ist, den politischen Prozess im Lande zu kontrollieren und ein befriedigendes Wahlergebnis zu organisieren. Da nach wie vor das Thema »2024« im Raum steht – die Frage, ob Putin das Präsidentenamt über das Jahr 2024 hinaus ausübt, oder ob es eine Nachfolge geben muss –, benötigt die »Macht« – die herrschende Gruppe – einen klaren Sieg und eine Zweidrittelmehrheit in der Duma.

Das waren die Bedingungen unter denen Putin am 21. April 2021 vor der Föderalversammlung und dem Fernsehpublikum auftrat.

Die Aussagen zur Pandemie

Der Präsident leitete seinen Vortrag mit einer Skizze der Situation ein. Die Pandemie habe sich im vergangenen Jahr rasch ausgebreitet, die Zahl der Kranken habe zugenommen, viele Krankenhäuser seien überfüllt, Sauerstoff und Beatmungsgeräte seien knapp gewesen. In den Läden fehlten aufgrund von Hamsterkäufen Graupen, Butter und Zucker. Diese Krise sei aber durch verantwortliches und solidarisches Handeln überwunden worden. Es sei hervorragende Arbeit geleistet worden und jetzt – im Frühjahr 2021 – ständen drei Impfstoffe

zur Verfügung. Putin lobte die Rekordernte 2020 und dankte den Sicherheitskräften, den Geheimdiensten und den Streitkräften, dem Personal des Gesundheitswesens und den Lehrern. Er pries die Solidarität und die gesellschaftliche Geschlossenheit. Die traditionelle Religion und die gemeinsamen traditionellen Werte, die Familie, die Freundschaft, die Barmherzigkeit und die Geschlossenheit der Bevölkerung würden Russland die Stärke verleihen und daran wollte man immer festhalten.

Die Bekämpfung der Pandemie sei aber nach wie vor die wichtigste Aufgabe und das Impfen habe zentrale Bedeutung erlangt. Der Präsident fand einprägsamen Worte und lobte die russische Impfstoffentwicklung. Er vergaß aber zu erwähnen, dass am Tag seines Auftretens gerade 11,35 % der russischen Bevölkerung eine Impfung erhalten hatten – in Großbritannien lag der Anteil am selben Tag bei 64,69 % und selbst in der Bundesrepublik Deutschland kam man auf 28,24 %. Russland lag also im internationalen Vergleich weit zurück – noch hinter Kroatien (17,69 %) und Lettland (12,24 %). Eine Bewertung der russischen Corona-Politik und der Sterbequote in Russland gab Putin nicht ab, er verwies aber auf die hohen Belastungen für das Gesundheitssystem und die drohenden Konsequenzen für »die Gesundheit der Nation«.

Die Aussagen zur Sozial- und Wirtschaftspolitik

Damit wandte sich der Präsident dem Thema Sozialpolitik zu. Anders als bei der Corona-Politik wich er hier den Problemen nicht aus. Er beklagte das Sinken der Reallöhne und erklärte: »Heute sind wir mit einem Preiswachstum konfrontiert, das die Einkünfte der Bürger auffrisst«. Die Hauptsache sei, dass das Wachstum der Reallöhne garantiert würde. Darauf, wie das auf Dauer erreicht werden könnte, ging der Rechenschaftsbericht nicht ein; er wandte sich aber der Frage des Kindergeldes, der Unterstützung von Familien und dem Ausbau des »Mutterschaftskapitals« zu. Er versprach auch den Ausbau von Schulen und Einkommenszuschläge für Lehrer, zudem eine großzügige Förderung von Bibliotheken, Museen und Kulturhäusern sowie die Förderung von Studierenden.

Der Wissenschaft stellte der Präsident drei große Aufgaben: Erstens, den Ausbau der Erforschung und Herstellung von Vakzinen, Antibiotika und pharmazeutischer Produkte. In diesem Bereich sollte Russland unabhängig vom Weltmarkt sein. Zweitens innovative Ansätze zur Energiegewinnung, sowohl im Bereich der Nuklearforschung wie bei der Energieerzeugung durch Wasserstoff. Drittens umfassende Maßnahmen zur Anpassung der Infrastruktur an den Klimawandel und Maßnahmen zur Kontrolle der CO₂-Emissionen. Die Lösung dieser Aufgaben sollte Anreiz zu einer

»komplexen Modernisierung aller Wirtschaftszweige« bieten und so auch »moderne, gut bezahlte Arbeitsplätze« schaffen.

Die Regierung hatte der Wirtschaft, die unter der Pandemie gelitten hatte, umfassende Finanzhilfen zur Verfügung gestellt, insbesondere Lohnkredite zur Sicherung von mehr als 5 Millionen Arbeitsplätzen. Nichtsdestoweniger hatte es Entlassungen gegeben, und Putin unterstrich, dass die Regierung nun vor der Aufgabe stehe, den Arbeitsmarkt bis Ende 2021 wieder herzustellen, und kündigte alsbald weitere Maßnahmen wie steuerliche Anreize, Kredite und Schritte zur Steigerung der Nachfrage u. a. durch Staatsaufträge an. Darüber hinaus kündigte er Strukturmaßnahmen zur Investitionsförderung an – im Bereich der Entbürokratisierung und Vereinfachung von Vorschriften, Absicherung von Investitionen durch staatliche Banken sowie eine verstärkte Beobachtung, wie die Unternehmen ihre Gewinne verwenden. Denn – so Putin – trotz aller Probleme habe der Unternehmenssektor 2020 Rekordgewinne erzielt – und man werde verfolgen, was damit geschehe. Der Staat habe 2020 große Summen eingesetzt, dabei aber die Stabilität der Staatsfinanzen gewahrt. Das werde man auch weiter tun.

Strukturreformen in den Regionen

Damit schloss der Präsident den Block zu Gesundheits-, Sozial- und Wirtschaftspolitik ab und ging zur Entwicklung in den Regionen über. Anders als im ersten Block, wo der Sprecher von Thema zu Thema sprang, ohne einem roten Faden zu folgen, sich wiederholte und Nebensächliches und Grundsätzliches mischte, war der Abschnitt über die Regionen klar durchgegliedert. Zunächst wollte die Regierung die hohe Verschuldung vieler Regionen abbauen und schlug dafür eine Restrukturierung der Schulden vor. Das Zahlungsziel der Budgetkredite, die 2020 zur Bekämpfung der Pandemie vergeben worden waren, sollte bis 2029 verlängert werden. Als neues Instrument werde man Infrastrukturkredite einführen, die vom föderalen Zentrum für konkrete Projekte in den Regionen vergeben werden sollten. Diese Projekte sollten die Entwicklung in den Regionen stimulieren, vor allem großmaßstäbliche Investitionen in Infrastruktur. Der Wohnungsbau sollte über DOM. RF, eine staatliche Hypothekbank, durch niedrigverzinsten Anleihen gefördert werden. Die Föderale und regionale Ebene sollten gemeinsam einen Plan zur Gasversorgung aller Haushalte ausarbeiten. Auch der Tourismus sollte stärker entwickelt werden. Insgesamt entwarf Putin hier ein plausibles Projekt zur Entwicklung der Regionen und der regionalen Wirtschaft, das nur eine Schwäche hatte: es lag im Frühjahr 2021 nur als Skizze vor, und die Regierung musste dies erst in konkrete Planung umsetzen. Das sollte bis zum Sommer geschehen.

Die Aussagen zur internationalen Politik

Der dritte Block des Rechenschaftsberichts war der Außenpolitik gewidmet. Auch in diesem Politikfeld war die russische Regierung in schwerem Wasser. Die Mordaktionen der russischen Geheimdienste auf dem Territorium der EU und das Vorgehen gegen die Opposition in Russland selbst hatten das Verhältnis zu den europäischen Nachbarn schwer beschädigt. Die Beziehungen zur Ukraine waren auf einem Tiefpunkt und Russland drohte zum Zeitpunkt des Rechenschaftsberichts durch Militärmanöver an der ukrainischen Grenze mit einem Eingreifen in der Ostukraine. Die USA betrieben ihrerseits nach der Amtsübernahme Bidens wieder eine professionelle Außenpolitik, die die Spielräume Russlands deutlich einengte. Zugleich machte der US-Präsident klar, dass er Russland für dessen Einmischung in die US-Wahlen, für seine Übergriffe auf die Nachbarn und für sein aggressives Verhalten gegen die eigene Bevölkerung abstrafen wollte.

Darauf bezog sich Präsident Putin, als er klagte, dass andere Mächte Russland ihren Willen aufzuzwingen versuchten und ungesetzliche Sanktionen lancierten. Er stellte die Behauptung auf, dass ein Staatsstreich in Belarus und ein Mordanschlag auf Präsident Lukaschenko organisiert worden sei. Er nannte keine Verantwortlichen, zog aber Parallelen zu Venezuela und zum Sturz Janukowitschs in der Ukraine und wies so auf »den Westen« als Schuldigen. Damit – mit Staatsstreich und Mordplänen – erklärte Putin, habe man alle Grenzen überschritten.

Russland werde – so der Präsident – alles tun, um seine Interessen zu verteidigen. Das Land strebe gute Beziehungen mit allen Staaten an, es wolle keine Brücken hinter sich abbrennen. Doch wenn man die guten Absichten für Schwäche halte und alle Brücken in die Luft jagen wolle, dann solle man sich klar machen, dass Russlands Antwort asymmetrisch, schnell und harsch sein werde. Der Präsident drohte: »Die Organisatoren jeglicher Provokationen, die die Kerninteressen unserer Sicherheit bedrohen, werden ihr Tun so bereuen, wie sie schon lange nichts bereut haben.« Und der Präsident verwies auf den Ausbau der russischen Streitkräfte und die umfassende Modernisierung der russischen Rüstung. Man sei bereit, erklärte er, über strategische Nuklearwaffen zu verhandeln. Man strebe globale Stabilität an und setze auf die Rolle der Vereinten Nationen, auf internationale Beziehungen, die auf gegenseitigem Respekt basierten.

Ein Szenario *Breshnew 2.0*?

Valentina Matwienko hatte mit ihrer Ankündigung, der Präsident werde ein neues Koordinatensystem definieren, Erwartungen geweckt. Umfragen zeigen, dass in der russischen Gesellschaft die Angst vor Krankheit,

Krieg, Armut und staatlicher Willkür verbreitet ist. Insofern hätte man erwarten können, dass der Bericht auf die Corona-Pandemie, auf soziale Fragen wie z. B. das Rentensystem, auf die Wirtschaftsentwicklung, aber auch auf das militärische Engagement Russlands in Syrien, Libyen und der Ukraine eingehen würde. Auch auf die fragwürdige Verurteilung Aleksej Nawalnyjs, die anschließenden Proteste und das Vorgehen gegen kritische Journalisten und NGOs hätte der Präsident thematisieren können. Ferner waren auch Russlands schlechte Beziehungen zur EU und den USA, die Sanktionen sowie das nicht unproblematische Verhältnis zu China allesamt Probleme, die in einem Rechenschaftsbericht hätten behandelt werden können.

Tatsächlich griff die Botschaft nur einige wenige dieser Themen auf. Bezeichnend war, was alles in diesem Rechenschaftsbericht fehlte. Putin vermied es, die in der Bevölkerung ungeliebte Rentenreform anzusprechen, er äußerte sich nicht zu den Protesten im eigenen Land – weder zu dem Demonstrationsmarathon in Chabarowsk, noch zu den Januarprotesten in Folge der Verurteilung Nawalnyjs. Er ging nicht auf die gesunkenen Vertrauensratings ein; die Verfassungsreform, die ihm erlaubt, über 2024 hinaus im Amt zu bleiben, war kein Thema für ihn. Das Verhältnis zu China diskutierte er nicht, zu den USA und der EU fielen ihm nur Drohungen ein. Nicht einmal das Thema Nord Stream 2 erwähnte er. Die schwierige Lage in Belarus mit den monatelangen Massenprotesten nach der gefälschten Wahl, deutete er zum vom »Westen« gesponserten Staatsstreich um. Die Krisensituation in der Ukraine, die durch den Aufmarsch der eigenen Streitkräfte verschärft worden war, war ihm keine Erwähnung wert.

Über den Autor

Hans-Henning Schröder habilitierte sich 1994 an der Ruhr-Universität Bochum im Fach Osteuropäische Geschichte und lehrte u. a. am Osteuropa-Institut der FU Berlin als apl. Professor »Regionale Politikanalyse mit Schwerpunkt Osteuropa«. Er hat am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln, an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und am Deutschen Institut für Internationale Politik und Sicherheit (SWP) in Berlin gearbeitet. 2003 hat er gemeinsam mit Prof. Dr. Heiko Pleines die Russland-Analysen gegründet, deren Herausgeber und Chefredakteur er bis April 2017 war. 2015 – 2016 war er Beauftragter des Auswärtigen Amtes für die Gründung eines Osteuropa-Instituts.

Lesetipps

Presidential Address to the Federal Assembly. The President of Russia delivered the Address to the Federal Assembly. The ceremony took place at the Manezh Central Exhibition Hall. April 21, 2021, Moscow <http://en.kremlin.ru/events/president/news/65418>.

Vermutlich machen der russischen Führung vor allem drei Entwicklungen Angst:

- Die Rückkehr der USA – des Tigers *Shir Khan* in Putins Worten – in die internationale Politik, die den Spielraum russischer Außenpolitik einengt.
- Die wachsende Bedeutung Chinas, die Russland weltpolitisch in die zweite Reihe verdrängt – und die der Präsident mit keinem Wort erwähnte.
- Das schwindende Vertrauen zur Putinschen Führung in der Gesellschaft, das sich in den Umfragen, aber auch in den Protesten äußert. Damit wird der »Gesellschaftsvertrag« der Putin-Jahre in Frage gestellt.

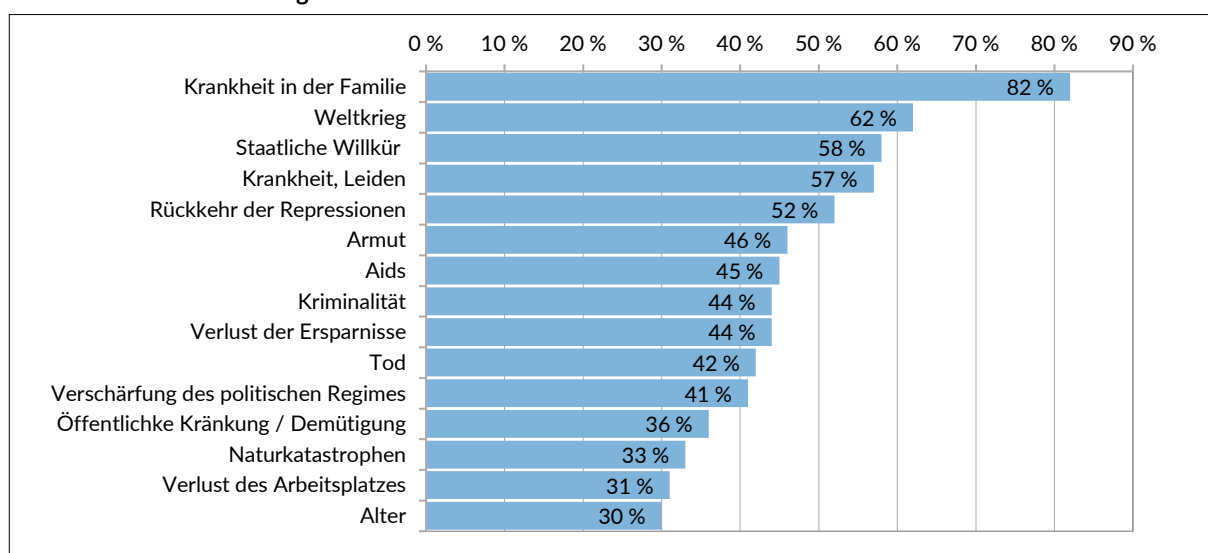
In dieser schwierigen Situation entwickelt die Putinsche Führung keine konstruktiven politischen Ideen. Urteilt man nach der »Botschaft«, existiert für die Gesellschaftspolitik kein Konzept, das über die Verteilung von Geldsubventionen an die Bevölkerung hinausgeht. Die zunehmende Repression wird nicht thematisiert, es wird aber auch nicht diskutiert, wie die Führung die Akzeptanz des Regimes durch die Bevölkerung wieder erlangen will.

Es gibt anscheinend auch keine Vorstellung von einer konstruktiven Rolle in der internationalen Politik. Die Haltung der Putinschen Führung wird in diesem Feld diktiert von der Angst um die eigene Bedeutung. Der Putinschen Elite fehlt die Phantasie, die Einsicht und die Kraft, die bestehenden Probleme anzugehen. Offenbar fehlt eine Person oder eine Gruppe von Personen, die die Probleme analysiert und Politik gestalten will. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass Putins Russland in ein Szenario *Breshnew 2.0* hineinsteuert.

UMFRAGEN

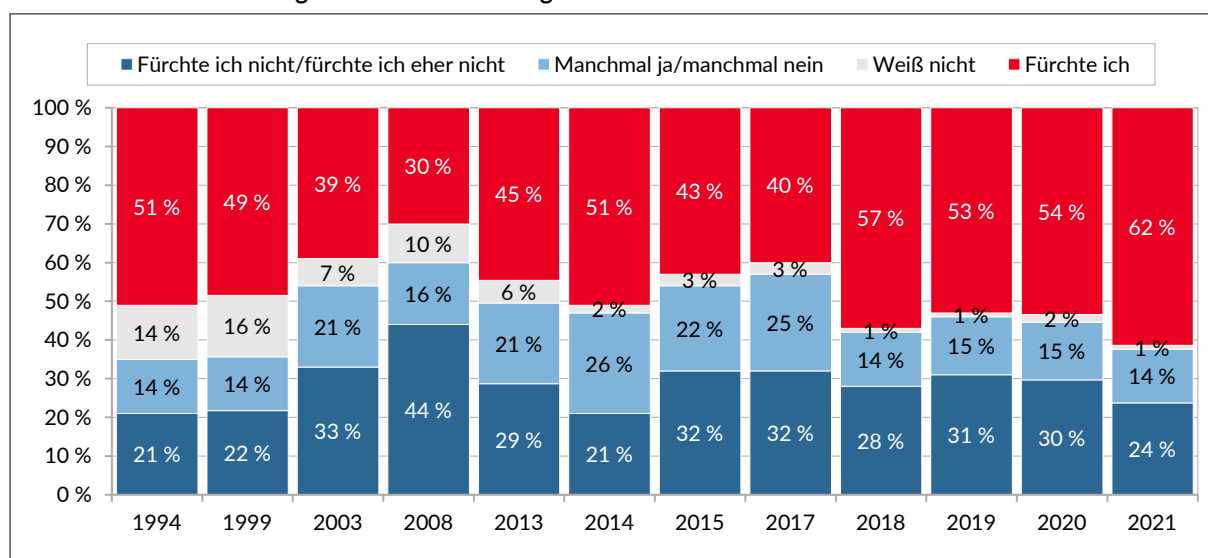
Politische Stimmung in Russland

Grafik 1: Haben Sie Angst vor ... und in welchem Ausmaß?



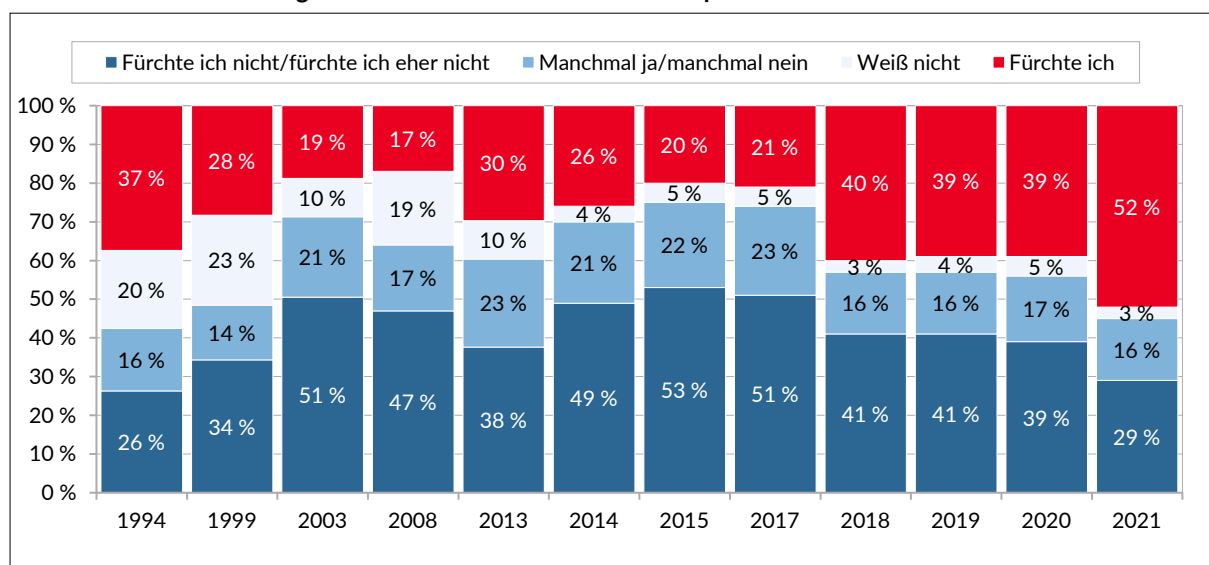
Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom März 2021, <https://www.levada.ru/2021/04/21/harakter-i-struktura-massovoj-trevozhnosti-v-rossii/>, veröffentlicht am 21. April 2021.

Grafik 2: Haben Sie Angst vor einem Weltkrieg?



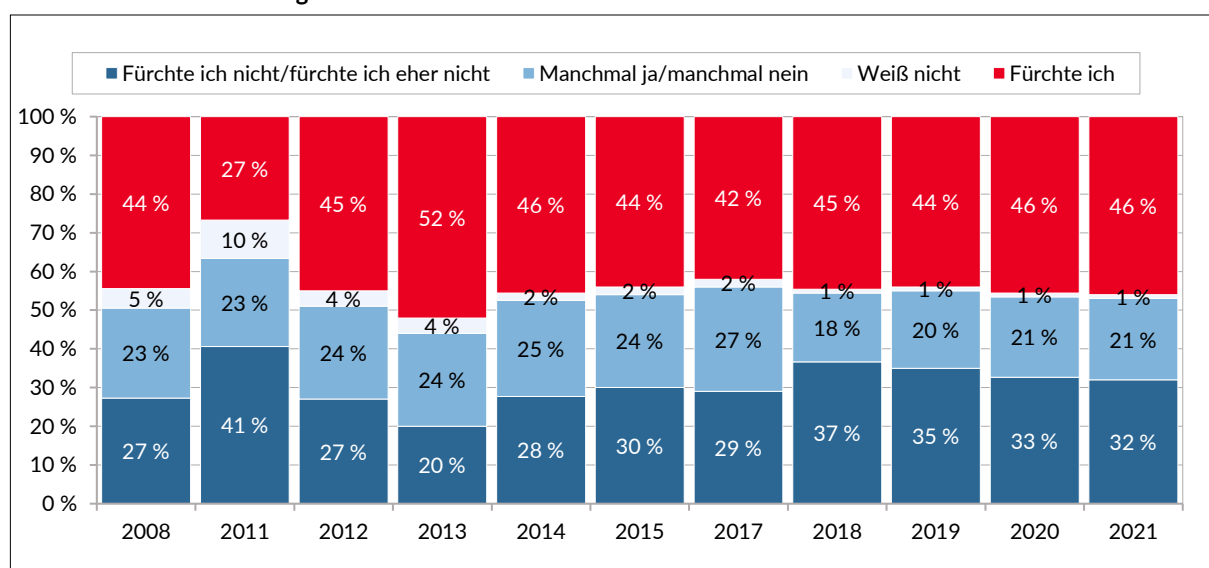
Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom März 2021, <https://www.levada.ru/2021/04/21/harakter-i-struktura-massovoj-trevozhnosti-v-rossii/>, veröffentlicht am 21. April 2021.

Grafik 3: Haben Sie Angst vor einer Rückkehr zu massiven Repressionen?



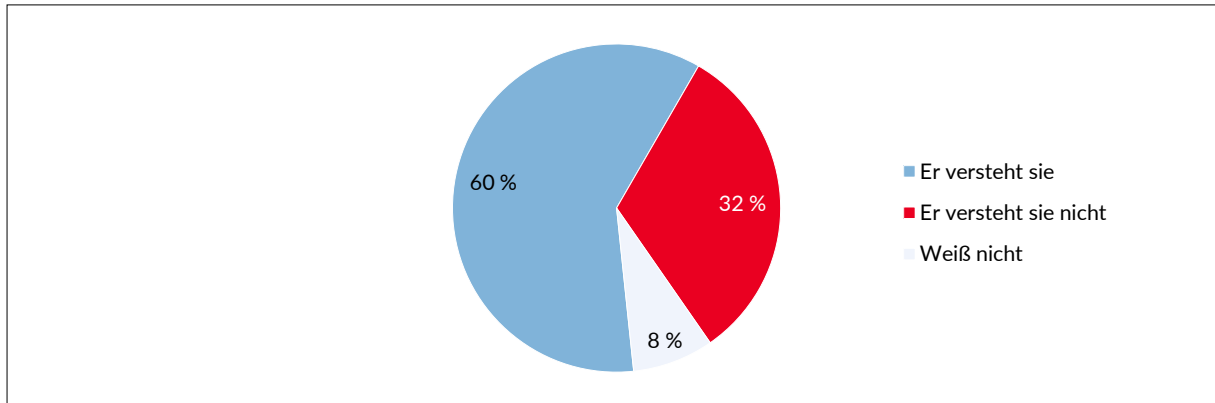
Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom März 2021, <https://www.levada.ru/2021/04/21/harakter-i-struktura-massovoj-trevozhnosti-v-rossii/>, veröffentlicht am 21. April 2021.

Grafik 4: Haben Sie Angst vor Armut?



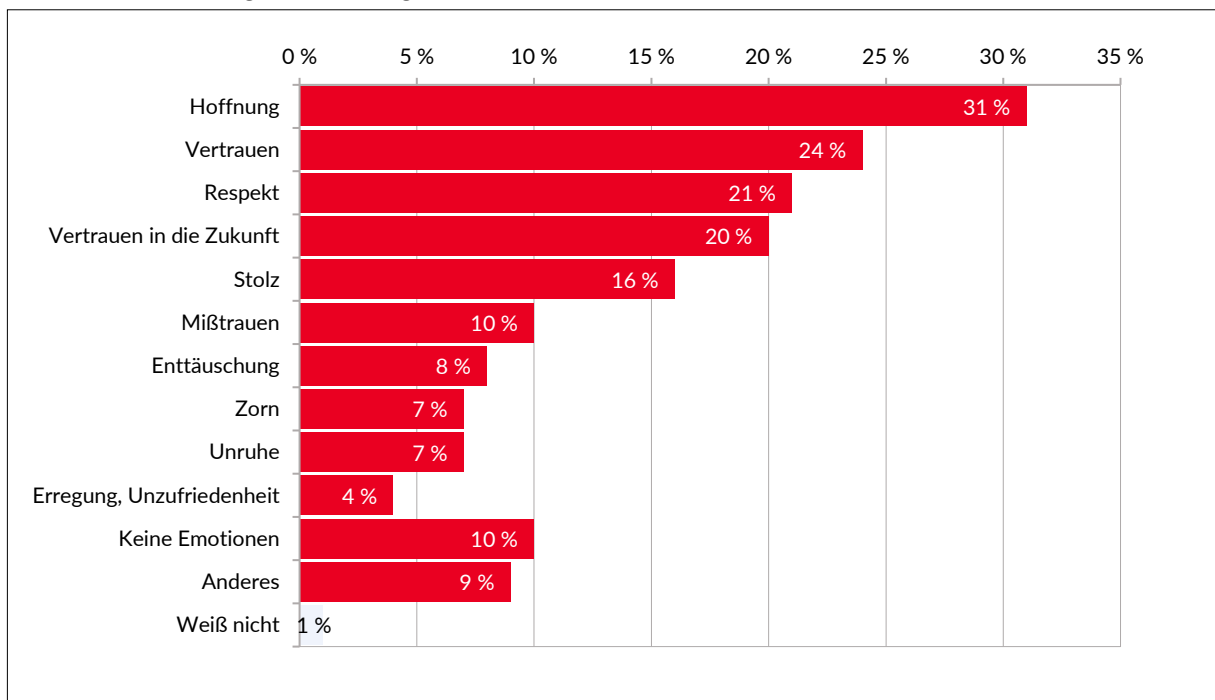
Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom März 2021, <https://www.levada.ru/2021/04/21/harakter-i-struktura-massovoj-trevozhnosti-v-rossii/>, veröffentlicht am 21. April 2021.

Grafik 5: Wenn Sie von der Botschaft des Präsidenten an die Föderalversammlung ausgehen, versteht er die reale Lage im Land und die Probleme von Leuten wie Ihnen?



Quelle: repräsentative Umfrage des WZIOM vom 22. April 2021, <https://wciom.ru/analytical-reviews/analiticheskii-obzor/poslanie-prezidenta-itogi>, veröffentlicht am 30. April 2021.

Grafik 6: Welche Gefühle hat die Botschaft des Präsidenten Wladimir Putin an die Föderalversammlung bei Ihnen insgesamt hervorgerufen?



Quelle: repräsentative Umfrage des WZIOM vom 22. April 2021, <https://wciom.ru/analytical-reviews/analiticheskii-obzor/poslanie-prezidenta-itogi>, veröffentlicht am 30. April 2021.

Warum Putin dem Volk nichts mehr zu sagen hat

Tatjana Stanowaja (Carnegie Moscow Center)

Der folgende Beitrag der russischen Politikwissenschaftlerin Tatjana Stanowaja erschien ursprünglich am 21.04.2021 auf carnegie.ru und wurde von dekodeur ins Deutsche übersetzt und veröffentlicht.

Einleitung von dekodeur

Der Fall Nawalny und das hohe russische Truppenaufkommen an der Grenze zur Ukraine belasten einmal mehr die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen. In seiner kürzlichen Rede zur Lage der Nation ging Putin allerdings weder auf das eine noch das andere ein. Er versprach ein umfangreiches Sozialprogramm und warnte den Westen davor, rote Linien zu überschreiten.

Am selben Tag sind russlandweit tausende Menschen einem Protestaufruf von Nawalyns Team gefolgt. Die Sicherheitsbehörden waren dabei massiv gegen die Demonstranten vorgegangen, Elektroschocker wurden eingesetzt, die Organisation OWD-Info zählt mehr als 1700 Festnahmen, über 800 davon allein in Sankt Petersburg.

Die Politologin Tatjana Stanowaja analysiert Putins Rede auf Carnegie.ru und wirft einen Blick vor allem auf das, was er nicht sagte. Die Sprachlosigkeit zwischen politischem System und Gesellschaft, die sie konstatiert, spüren auch andere: Etwa Regisseur Andrej Swjaginzew.

Das wichtigste bleibt ungesagt

Am 21. April wandte sich Wladimir Putin nach einer längeren Pause mit seiner jährlichen Ansprache an die Föderationsversammlung. Sie war diesmal begleitet von zahlreichen Gerüchten und erwarteten Sensationen wie die offizielle Anerkennung der Donezker und Luhansker Volksrepubliken oder die Angliederung von Belarus.

Doch die aktuelle Rede war klar auf die Vorbereitungen zur Dumawahl im Herbst zugeschnitten. Sie sollte vor allem Anreize für die russische Gesellschaft schaffen, im Herbst für die Regierung zu stimmen oder, wenn möglich, von den Forderungen nach Wandel Abstand zu nehmen. Während alle gewartet haben auf umfangreiche Antworten zu den brennenden Themen – Ukraine, Belarus, Proteste, Wahlen, sinkende Einkommen –, hat Putin all das verdeckt mit seinen langen und ausführlichen Aufzählungen der Sozialmaßnahmen, die den größten Teil der Rede ausgemacht haben. So konnte man in diesem Jahr besonders gut spüren, dass die Reden des Präsidenten die tatsächliche Agenda inzwischen eher kaschieren als transportieren.

Soziale Situation verbessert sich nicht wirklich

Wie schon vor einem Jahr bei der Verfassungsreform gehen die sozialen Hilfen vor allem an Familien mit Kindern – auch das ist eine politische Investition in konservative Werte, der Versuch, das ideologische Bündnis des Präsidenten mit den Traditionalisten finanziell zu untermauern.

Doch trotz der langen Aufzählung verschiedener Sozialleistungen, sollte man ihr Ausmaß nicht überschätzen. Die versprochenen Schritte im Sozialbereich

sind eine konjunkturbedingte und technologische Entscheidung, die eher auf einen vorübergehenden subjektiven Effekt abzielt als auf eine reale Verbesserung der sozialen Situation. Diese Maßnahmen können nur sehr begrenzt die soziale Verärgerung und die Entfremdung von Regierung und Gesellschaft abmildern. Putin scheint die Schärfe der sozialen Probleme in Russland zu unterschätzen und glaubt, dass die Situation im Land im Großen und Ganzen völlig zufriedenstellend sei und es demnach auch keine legitimen Gründe für Proteste gebe.

Beruhigungspillen fürs Volk

Dafür verändert sich der Führungsstil grundlegend: Putin wird von einer Figur, die einst die Spielregeln für die Entwicklung der Gesellschaft vorgab, zu einem Therapeuten, der die Gesellschaft davon überzeugen will, sich mit der Unabänderlichkeit der Spielregeln abzufinden. Bei seiner Rede präsentierte er sich nicht mehr als politischer Macher, sondern als Doktor, der seinen Patienten Meditationen, Impfungen und soziale Beruhigungspillen verschreibt, damit diese sich leichter mit der beunruhigenden Realität abfinden können.

Bei der Rede kam auch Putins Ekel vor rein politischen Themen zum Ausdruck. Den schmutzigen und zerstörerischen Kampf um die Macht möchte er ersetzen durch ein System »gesunder« Beziehungen mit »konstruktiven« Kräften, die sich in die Pyramide der Unterordnung und Konsolidierung einfügen. In der Praxis heißt das: Abbau aller politischen Konkurrenz, Alternativlosigkeit. Alles, was jenseits der Pyramide liegt – die Nicht-System-Opposition –, ist gänzlich aus dem Vortrag und dem zulässigen Themenbereich des Präsidenten gestrichen.

Der geopolitische Teil ist für Putin wohl der interessanteste, doch er war der kürzeste von allen. Und das liegt weniger daran, dass die russische Gesellschaft allen Umfragen zufolge müde ist von außenpolitischen Themen. Vielmehr ist der Präsident immer weniger gewillt, seine außenpolitischen Pläne und Entscheidungen an die Öffentlichkeit zu tragen. Alles, was tatsächlich wichtig ist für Putin, wird zu einem dichten Schwall geheimer *Spezoperazii*.

Anstatt die tatsächliche Agenda offenzulegen, präsentiert man der Öffentlichkeit bequeme Attrappen, die die gewünschten Vorstellungen hervorrufen. Eine Provokation der Geheimdienste gegen oppositionelle belarussische Politologen wird in der Beschreibung des Präsidenten zu einer gefährlichen Verschwörung, die auch noch vom Westen organisiert worden sei. Dafür bleiben die tatsächlichen Ereignisse bezüglich Belarus außen vor: Die Erwartungen hinsichtlich des [bevorstehenden] Treffens mit Lukaschenko sind enorm, doch dazu hat Putin keine Details offengelegt.

Auch die Konfrontation mit dem Westen vereinfacht er zu einer geopolitischen Interpretation des *Dschungelbuch*. Der böse, gefährliche Tiger Shir Khan ist Washington, »all die kleinen Tabaquis« [der feige Schakal und Handlanger von Shir Khan im *Dschungelbuch* – Anm. d. Red.] – das sind Russlands Kritiker in Europa und dem postsowjetischen Raum, und der großmütige, gerechte Leitwolf Akela ist, wie man leicht erraten kann, Putin. Das ist das Niveau, auf dem der Präsident bereit ist, die tatsächliche Agenda mit seinen Wählern zu diskutieren.

Über die Autorin

Tatjana Stanowaja ist Politikwissenschaftlerin und Gastwissenschaftlerin am Carnegie Moscow Center. Sie forscht zum Einfluss bestimmter Interessengruppen auf die russische Politik sowie formelle und informelle Mechanismen der Entscheidungsfindung. Stanowaja ist Mitglied im Forschungsrat von L'Observatoire, dem Analysezentrum der französisch-russischen Industrie- und Handelskammer. Außerdem sitzt sie in Russland dem im Jahr 2018 von ihr gegründeten politischen Analysezentrum »R.Politik« vor. Sie wurde bereits häufig auch in westlichen Medien wie der Washington Post und dem Wall Street Journal zitiert und ist eine gefragte Autorin für russische Medien wie den Kommersant oder RBK.

Das russischsprachige Original des vorliegenden Beitrags ist online verfügbar unter <https://carnegie.ru/commentary/84367>, die Übersetzung ins Deutsche durch dekoder unter <https://www.dekoder.org/de/article/putin-rede-foederationsversammlung-analyse>.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, dekoder.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekoder, Carnegie Moscow Center und Tatjana Stanowaja für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Noch weniger ist Putin bereit, über die Nicht-System-Opposition zu sprechen, egal wie bedeutsam die mit ihr verbundenen Ereignisse sind. Alexej Nawalnys Gesundheit, über die auch der Westen diskutiert, die offenen Briefe zur Unterstützung Nawalnys von allen möglichen Personen des öffentlichen Lebens bis hin zu Nobelpreisträgern, die kompromisslose Niederschlagung von Protesten und die geplante Einstufung der Nicht-System-Opposition als »extremistisch« – all das blieb in der Rede außen vor.

Im Endeffekt werden die Kommunikationskanäle zwischen dem Präsidenten und der Gesellschaft immer enger. Einige Ereignisse sind dem Präsidenten zu wichtig, um sie ernsthaft mit den Bürgern zu debattieren. Deswegen werden Diskussionen durch vereinfachende Bilder ersetzt. Bei anderen Themen das genaue Gegenteil: Der Präsident hält sie für uninteressant oder unangenehm und deswegen werden auch sie nicht besprochen, völlig unabhängig von ihrer Dringlichkeit. All das zusammen lässt Putin immer weniger Möglichkeiten, eine den Geschehnissen angemessene Figur abzugeben. Er wird hinausgedrängt aus der Wirklichkeit, in der zunehmend Akteure außerhalb des Systems den Ton angeben.

*Übersetzung aus dem Russischen (gekürzt) am
22.04.2021 von der dekoder-Redaktion*

RANKING

Russen auf der Forbesliste der Milliardäre weltweit 2021

Tabelle 1: Top 10 der Länder und Gebiete(*) mit den meisten Milliardären im weltweiten Länderranking 2021

Platzierung	Land	Anzahl der Milliardäre
1.	Vereinigte Staaten von Amerika	724
2.	China	626
3.	Indien	140
4.	Deutschland	136
5.	Russland	117
6.	Hongkong*	71
7.	Brasilien	65
8.	Kanada	64
9.	Vereinigtes Königreich	56
10.	Italien	51

Quelle: zusammengestellt nach »The real-time billionaires list«, unter: <https://www.forbes.com/sites/giacomotognini/2021/04/06/the-countries-with-the-most-billionaires-2021/>, 8. April 2021.

Tabelle 2: Russen auf der Forbesliste der Milliardäre weltweit 2021

Platzierung in Russland	Platzierung international	Name (englische Schreibweise)	Branche	Vermögen in Milliarden US\$	Alter
1.	51.	Alexey Mordashov & family	Stahl, Investments	29,1	55
2.	55.	Vladimir Potanin	Metall	27,0	60
3.	59.	Vladimir Lisin	Stahl, Transport	26,2	64
4.	66.	Vagit Alekperov	Öl	24,9	70
4.	66.	Leonid Mikhelson	Gas, Chemikalien	24,9	65
6.	78.	Gennady Timchenko	Öl, Gas	22,0	68
7.	99.	Alisher Usmanov	Stahl, Telekommunikation, Investments	18,4	67
8.	105.	Andrey Melnichenko	Kohle, Düngemittel	17,9	49
9.	112.	Pavel Durov	Messaging App	17,2	36
10.	124.	Suleiman Kerimov & family	Investments	15,8	55
11.	128.	Mikhail Fridman	Öl, Banggeschäfte, Telekommunikation	15,5	56
12.	142.	Roman Abramovich	Stahl, Investments	14,5	54
13.	164.	Tatyana Bakalchuk	Onlinehandel	13,0	45
14.	193.	Mikhail Prokhorov	Investments	11,4	55
15.	195.	Viktor Rashnikov	Stahl	11,2	72
16.	197.	Leonid Fedun & family	Öl	11,1	65
17.	224.	German Khan	Öl, Banggeschäfte, Telekommunikation	10,1	59
18.	234.	Iskander Makhmudov	Bergbau, Metall, Maschinen und Anlagen	9,7	57
19.	262.	Viktor Vekselberg	Metall, Energie	9,0	63

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 2: Russen auf der Forbesliste der Milliardäre weltweit 2021 (Fortsetzung)

Platzierung in Russland	Platzierung international	Name (englische Schreibweise)	Branche	Vermögen in Milliarden US\$	Alter
20.	288.	Andrei Skoch & family	Stahl	8,6	55
21.	311.	Dmitry Bukhman	Onlinespiele	7,9	35
21.	311.	Igor Bukhman	Onlinespiele	7,9	39
23.	316.	Alexei Kuzmichev	Stahl, Bergbau	7,8	58
24.	327.	Alexander Abramov	Stahl, Bergbau	7,6	62
25.	369.	Igor Altushkin	Metall	7,0	50
26.	391.	Dmitry Rybolovlev	Düngemittel	6,7	54
27.	421.	Andrei Kozitsyn	Metall	6,3	60
28.	451.	Andrei Guriev & family	Düngemittel	6,0	61
29.	529.	Pyotr Aven	Öl, Bankgeschäfte, Telekommunikation	5,3	66
30.	608.	Oleg Tinkov	Bankgeschäfte	4,7	53
31.	638.	Viatcheslav Kantor	Düngemittel, Immobilien	4,5	67
31.	638.	Sergei Popov	Bankgeschäfte	4,5	49
33.	727.	Igor Kesaev	Tabakhandel, Einzelhandel	4,0	54
34.	775.	Oleg Deripaska	Aluminium, öffentliche Versorgung	3,8	53
34.	775.	Sergey Dmitriev	Computer Software	3,8	55
34.	775.	Sergei Gordeev	Immobilien	3,8	48
37.	831.	Leonid Boguslavsky	Risikokapital	3,6	69
38.	859.	Sergei Galitsky	Einzelhandel	3,5	53
39.	891.	Alexander Frolov	Bergbau, Stahl	3,4	56
39.	891.	Zarakh Iliev	Immobilien	3,4	54
39.	891.	Viktor Kharitonin	Pharmaindustrie	3,4	48
39.	891.	God Nisanov	Immobilien	3,4	48
39.	891.	Vladimir Yevtushenkov	Telekommunikation, Investments	3,4	72
44.	925.	Samvel Karapetyan	Immobilien	3,3	55
44.	925.	Yuri Kovalchuk	Bankgeschäfte, Versicherungen, Medien	3,3	69
46.	986.	Artem Khachatryan	Einzelhandel	3,1	46
46.	986.	Sergey Lomakin	Einzelhandel	3,1	47
48.	1064.	Alexander Nesis	Metall, Bankgeschäfte, Düngemittel	2,9	58
48.	1064.	Alexander Ponomarenko	Immobilien, Flughäfen	2,9	56
48.	1064.	Arkady Rotenberg	Bauwesen, Stahlrohre, Bankgeschäfte	2,9	69
48.	1064.	Alexander Skorobogatko	Immobilien, Flughäfen	2,9	53
52.	1111.	Konstantin Strukov	Gold, Kohlebergbau	2,8	62
53.	1174	Valentin Kipyatkov	Computer Software	2,7	44
54.	1205.	Alexey Repik	Pharmaindustrie	2,6	41
54.	1205.	Yuri Shefler	Alkohol	2,6	53
56.	1249.	Andrei Bokarev	Metall, Bergbau	2,5	54

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 2: Russen auf der Forbesliste der Milliardäre weltweit 2021 (Fortsetzung)

Platzierung in Russland	Platzierung international	Name (englische Schreibweise)	Branche	Vermögen in Milliarden US\$	Alter
56.	1249.	Mikhail Gutseriev	Öl, Immobilien	2,5	63
58.	1299.	Vadim Moshkovich	Landwirtschaft, Landbesitz	2,4	54
58.	1299.	Dmitry Pumpyansky	Stahlrohre	2,4	57
58.	1299.	Roman Trotsenko	Transport, Maschinenbau, Immobilien	2,4	50
61.	1362.	Alexander Mamut	Investments	2,3	61
61.	1362.	Arkady Volozh	Suchmaschinen	2,3	57
63.	1444.	Nikolai Buinov	Öl, Gas	2,2	53
63.	1444.	Gavril Yushvaev	Seltene Erden, Immobilien	2,2	63
65.	1517.	Igor Makarov	Investments	2,1	59
65.	1517.	Timur Turlov	Aktienhandel	2,1	33
67.	1580.	Sergei Kolesnikov	Baustoffe	2,0	49
67.	1580.	Igor Rybakov	Baustoffe	2,0	48
67.	1580.	Mikhail Shelkov	Titan	2,0	52
67.	1580.	Alexander Svetakov	Immobilien	2,0	53
71.	1664.	Andrey Blokh	Cannabis	1,9	57
72.	1750.	Roman Avdeev	Bankgeschäfte, Bauwesen	1,8	53
72.	1750.	Vladimir Bogdanov	Öl	1,8	69
72.	1750.	Dmitry Kamenshchik	Flughäfen	1,8	52
72.	1750.	Sergei Studennikov	Spirituosen-Läden, Supermärkte	1,8	54
76.	1833.	Vasily Anisimov	Immobilien	1,7	69
76.	1833.	Said Gutseriev	Öl, Einzelhandel	1,7	32
76.	1833.	Sergei Katsiev	Einzelhandel, Großhandel	1,7	63
76.	1833.	Megdet Rahimkulov & family	Investments	1,7	75
76.	1833.	Ivan Savvidis	Agrobusiness	1,7	62
81.	1931.	Alexander Klyachin	Immobilien	1,6	53
81.	1931.	Leonid Simanovsky	Investments	1,6	71
83.	2035.	Vladimir Litvinenko	Chemische Industrie	1,5	65
83.	2035.	Pyotr Kondrashev	Investments	1,5	71
85.	2141.	Farkhad Akhmedov	Investments	1,4	65
85.	2141.	Andrei Kosogov	Bankgeschäfte	1,4	60
85.	2141.	Anatoly Lomakin	Investments	1,4	68
85.	2141.	Airat Shaimiev	Raffinerien, Chemikalien	1,4	59
89.	2263.	Oleg Boyko	Verschiedenes	1,3	56
89.	2263.	Eduard Chukhlebov	Metall	1,3	57
89.	2263.	Igor Kudryashkin	Metall	1,3	59
89.	2263.	Lidiya Mikhailova & family	Agrobusiness	1,3	63
89.	2263.	Ilya Scherbovich	Investments	1,3	46
89.	2263.	Anatoly Sedykh	Stahlrohre	1,3	56

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 2: Russen auf der Forbesliste der Milliardäre weltweit 2021 (Fortsetzung)

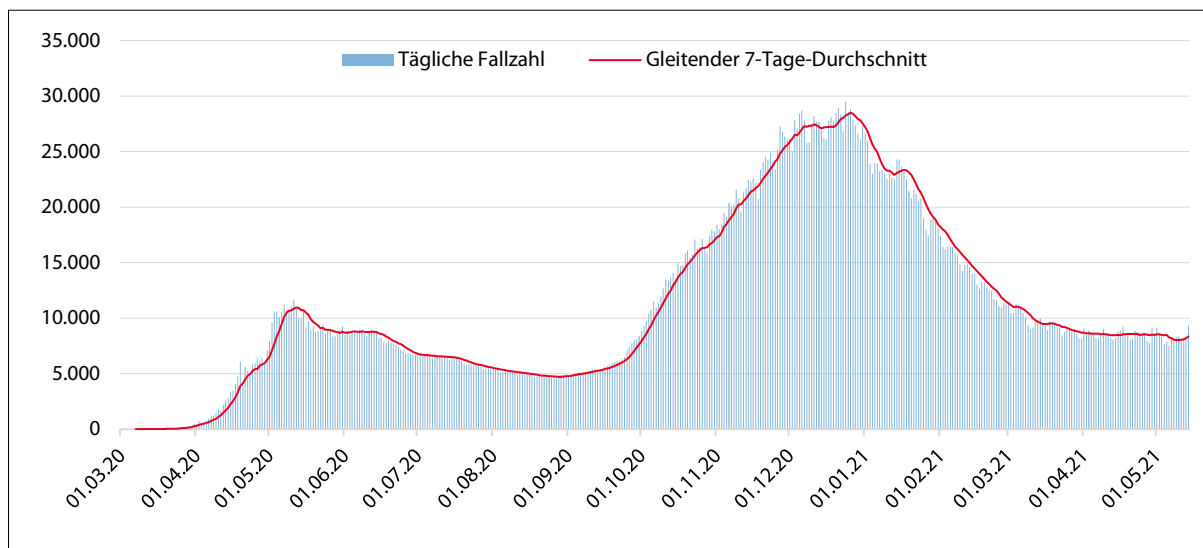
Platzierung in Russland	Platzierung international	Name (englische Schreibweise)	Branche	Vermögen in Milliarden US\$	Alter
89.	2263.	Radik Shaimiev	Raffinerien, Chemikalien	1,3	56
96.	2378.	Aras Agalarov	Immobilien	1,2	65
96.	2378.	Gleb Fetisov	Investments	1,2	54
96.	2378.	Eugene Kaspersky	Software	1,2	55
96.	2378.	Andrei Komarov	Verarbeitendes Gewerbe, Stahlrohre	1,2	54
96.	2378.	Alexander Lutsenko & family	Agrobusiness	1,2	59
96.	2378.	Andrei Molchanov	Baustoffe	1,2	49
96.	2378.	Andrei Rappoport	Investments	1,2	57
96.	2378.	Boris Rotenberg	Bauwesen, Rohrleitungen, Chemikalien	1,2	64
96.	2378.	Albert Shigaboutdinov	Raffinerien, Chemikalien	1,2	68
96.	2378.	Sergei Sudarikov	Finanzwesen, Bauwesen	1,2	49
96.	2378.	Rustem Sulteev	Raffinerien, Chemikalien	1,2	67
107.	2524.	Gennady Kozovoy	Kohle	1,1	69
107.	2524.	Igor Yusufov	Öl, Gas	1,1	64
107.	2524.	Boris Zingarevich	Zellstoff- und Papierherstellung, Verschiedenes	1,1	61
110.	2674.	Albert Avdolyan	Öl, Bergbau	1,0	50
110.	2674.	Lev Kvetnoi	Zement	1,0	55
110.	2674.	Vladimir Leschikov	Immobilien	1,0	64
110.	2674.	Sergei Makhnai	Düngemittel	1,0	52
110.	2674.	Vitaly Orlov	Fischerei	1,0	56
110.	2674.	Zakhar Smushkin	Zellstoff- und Papierherstellung, Verschiedenes	1,0	59
110.	2674.	Ruben Vardanyan	Investmentbanking	1,0	52
110.	2674.	Vadim Yakunin	Pharmaindustrie	1,0	58

Quelle: zusammengestellt nach »The real-time billionaires list«, unter: <https://www.forbes.com/billionaires/>, 8. April 2021.

STATISTIK

Covid-19 in Russland, Stand 14. Mai 2021

Grafik 1: Ausbreitung von Covid-19 in Russland (tägliche Fallzahlen, 01. März 2020 – 14. Mai 2021)



Die detaillierten Werte vom 01.03.2020–19.04.2021 können in der Statistik »Covid-19 in Russland« in den Russland-Analysen 393–401 eingesehen werden. Experten gehen davon aus, dass die offiziellen Zahlen um ein Vielfaches zu niedrig ausfallen. Die Dunkelziffer kann im Fall der Todesfälle anhand der Übersterblichkeit geschätzt werden. Die/der Leser/in sei auch auf die Texte und Statistiken auf den S. 2–26 in den Russland-Analysen 400 (<https://www.laenderanalysen.de/russland-analysen/400/>) verwiesen. Die offiziellen Zahlen geben aber die öffentlich kommunizierte Einschätzung und Entwicklung der epidemiologischen Lage wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 14.05.2021, 11:20 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv

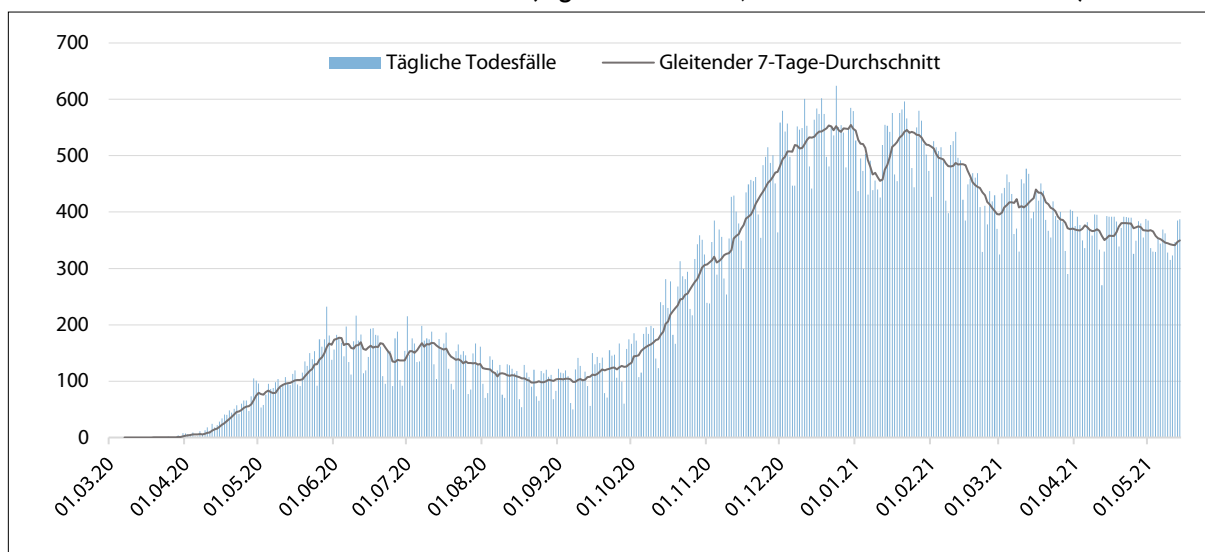
Tabelle 1: Ausbreitung von Covid-19 in Russland (Fälle, 20. April – 14. Mai 2021)

Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fälle	Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fälle
20.04.21	4.665.553	8.044	03.05.21	4.776.844	8.368
21.04.21	4.673.699	8.146	04.05.21	4.784.497	7.653
22.04.21	4.682.573	8.874	05.05.21	4.792.354	7.857
23.04.21	4.691.290	8.717	06.05.21	4.799.872	7.518
24.04.21	4.699.988	8.698	07.05.21	4.808.133	8.261
25.04.21	4.708.640	8.652	08.05.21	4.816.331	8.198
26.04.21	4.717.321	8.681	09.05.21	4.824.621	8.290
27.04.21	4.725.252	7.931	10.05.21	4.832.959	8.338
28.04.21	4.732.981	7.729	11.05.21	4.840.948	7.989
29.04.21	4.742.142	9.161	12.05.21	4.849.044	8.096
30.04.21	4.750.755	8.613	13.05.21	4.857.303	8.259
01.05.21	4.759.902	9.147	14.05.21	4.866.641	9.338
02.05.21	4.768.476	8.574			

Die detaillierten Werte vom 01.03.2020–19.04.2021 können in der Statistik »Covid-19 in Russland« in den Russland-Analysen 393–401 eingesehen werden. Experten gehen davon aus, dass die offiziellen Zahlen um ein Vielfaches zu niedrig ausfallen. Die Dunkelziffer kann im Fall der Todesfälle anhand der Übersterblichkeit geschätzt werden. Die/der Leser/in sei auch auf die Texte und Statistiken auf den S. 2–26 in den Russland-Analysen 400 (<https://www.laenderanalysen.de/russland-analysen/400/>) verwiesen. Die offiziellen Zahlen geben aber die öffentlich kommunizierte Einschätzung und Entwicklung der epidemiologischen Lage wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 14.05.2021, 11:20 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv

Grafik 2: Todesfälle durch Covid-19 in Russland (tägliche Todesfälle, 01. März 2020 – 14. Mai 2021)



Die detaillierten Werte vom 01.03.2020–19.04.2021 können in der Statistik »Covid-19 in Russland« in den Russland-Analysen 393–401 eingesehen werden. Experten gehen davon aus, dass die offiziellen Zahlen um ein Vielfaches zu niedrig ausfallen. Die Dunkelziffer kann im Fall der Todesfälle anhand der Übersterblichkeit geschätzt werden. Die/der Leser/in sei auch auf die Texte und Statistiken auf den S. 2–26 in den Russland-Analysen 400 (<https://www.laenderanalysen.de/russland-analysen/400/>) verwiesen. Die offiziellen Zahlen geben aber die öffentlich kommunizierte Einschätzung und Entwicklung der epidemiologischen Lage wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 14.05.2021, 11:20 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv

Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 in Russland (20. April – 14. Mai 2021)

Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle	Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle
20.04.21	104.545	372	03.05.21	109.341	330
21.04.21	104.937	392	04.05.21	109.670	329
22.04.21	105.328	391	05.05.21	110.022	352
23.04.21	105.718	390	06.05.21	110.366	344
24.04.21	106.108	390	07.05.21	110.735	369
25.04.21	106.434	326	08.05.21	111.097	362
26.04.21	106.783	349	09.05.21	111.425	328
27.04.21	107.167	384	10.05.21	111.740	315
28.04.21	107.547	380	11.05.21	112.063	323
29.04.21	107.902	355	12.05.21	112.410	347
30.04.21	108.290	388	13.05.21	112.795	385
01.05.21	108.675	385	14.05.21	113.182	387
02.05.21	109.011	336			

Die detaillierten Werte vom 01.03.2020–19.04.2021 können in der Statistik »Covid-19 in Russland« in den Russland-Analysen 393–401 eingesehen werden. Experten gehen davon aus, dass die offiziellen Zahlen um ein Vielfaches zu niedrig ausfallen. Die Dunkelziffer kann im Fall der Todesfälle anhand der Übersterblichkeit geschätzt werden. Die/der Leser/in sei auch auf die Texte und Statistiken auf den S. 2–26 in den Russland-Analysen 400 (<https://www.laenderanalysen.de/russland-analysen/400/>) verwiesen. Die offiziellen Zahlen geben aber die öffentlich kommunizierte Einschätzung und Entwicklung der epidemiologischen Lage wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 14.05.2021, 11:20 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv

Covid-19-Chronik, 12. April – 02. Mai 2021

12.04.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.320 auf insgesamt 4.649.710 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 103.263 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 1.833 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
12.04.2021	Indien lässt den in Russland entwickelten Covid-19-Impfstoff »Sputnik V« zu. Indien ist eines der am stärksten von der Pandemie betroffenen Länder der Welt. Insgesamt sind seit Beginn der Pandemie im März 2020 13,5 Millionen Menschen in Russland an Covid-19 erkrankt.
12.04.2021	Die Oblast Nowgorod verhängt aufgrund steigender Covid-19-Infektionszahlen erneut Ausgangsbeschränkungen für Menschen über 65 Jahren. Die betroffenen Personen dürfen ihre Wohnungen nur noch zwischen 8 und 11 Uhr morgens für notwendige Erledigungen und Spaziergänge in der Nähe ihres Wohnortes verlassen. Seit Beginn der Pandemie im März 2020 haben sich in der Oblast etwa 29.000 Menschen infiziert, 121 erlagen der Erkrankung.
13.04.2021	Die stellvertretende Moskauer Bürgermeisterin Anastassija Rakowa gibt bekannt, dass sich Menschen, die auf häusliche Pflege angewiesen sind, ab sofort zuhause von einem mobilen Impfteam gegen Covid-19 impfen lassen können. Nach Angaben Rakowas betrifft dies in Moskau etwa 120.000 Menschen.
13.04.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.173 auf insgesamt 4.657.883 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 103.601 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 1.782 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
13.04.2021	Patriarch Kirill, Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche, wird gegen Covid-19 geimpft. Mit welchem der in Russland entwickelten Impfstoffe er geimpft wurde, gab er nicht bekannt.
14.04.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.326 auf insgesamt 4.666.209 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 104.000 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 1.837 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
14.04.2021	Die Regierung der südfranzösischen Region Provence-Alpes-Côtes d'Azur gibt bekannt, dass sie 500.000 Dosen des in Russland entwickelten Covid-19-Impfstoffs »Sputnik V« vorbestellt habe. Die Lieferung werde erfolgen, sobald das Vakzin von der europäischen Arzneimittelbehörde zugelassen worden sei. Seit Januar 2021 wird eine EU-weite Zulassung von »Sputnik V« geprüft.
15.04.2021	Der Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin gibt bekannt, dass bisher 820.000 Einwohner der Stadt vollständig gegen Covid-19 geimpft sind. Mehr als eine Million Menschen hätten bereits die erste der zwei erforderlichen Impfungen mit »Sputnik V« erhalten. Rund 45 Prozent der Geimpften sind älter als 65 Jahre.
15.04.2021	Andrej Trawnikow, Gouverneur der Oblast Nowosibirsk, wurde gegen das Coronavirus geimpft. Dies teilte er auf seiner »Facebook«-Seite mit. Er habe sich mit dem vom staatlichen Forschungszentrum für Virologie und Biotechnologie »Vektor« entwickelten Vakzin »EpiVakCorona« impfen lassen. Auch der Gouverneur von Sewastopol, Michail Raswoshajew, gibt seine Impfung bekannt.
15.04.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.944 auf insgesamt 4.675.153 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 104.398 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 2.455 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
15.04.2021	Russland verlängert die Aussetzung des Flugverkehrs mit Großbritannien bis zum 01. Juni 2021. Der Flugverkehr war am 22. Dezember 2020 wegen der zunächst in Großbritannien aufgetretenen ansteckenderen Coronavirus-Mutation »B 1.1.7« ausgesetzt worden.
15.04.2021	Aufgrund des starken Anstiegs der Infektionszahlen im Zusammenhang mit Covid-19 in der Türkei setzt Russland den Flugverkehr mit dem Land bis zum 01. Juni 2021 aus. Dies teilte die stellvertretende russische Ministerpräsidentin Tatjana Golikowa mit.
16.04.2021	Die Philippinen vereinbaren mit Russland die Lieferung von zehn Millionen Dosen des in Russland entwickelten Covid-19-Impfstoffs »Sputnik V«.
16.04.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.995 auf insgesamt 4.684.148 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 104.795 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 2.476 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
16.04.2021	Der Gouverneur von Sankt Petersburg, Aleksandr Beglow, unterzeichnet ein Dekret, in dem er das seit Mai 2020 vorgeschriebene Tragen von Handschuhen in der Öffentlichkeit abschafft. Seit Mai 2020 galt in Sankt Petersburg zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus die Pflicht zum Tragen von Mund-Nasen-Maske und Handschuhen. Die Pflicht zum Tragen einer Maske bleibt bestehen.

17.04.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 9.321 auf insgesamt 4.693.469 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 105.193 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 2.822 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
18.04.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.632 auf insgesamt 4.702.101 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 105.582 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 2.252 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
19.04.2021	Der Gouverneur der Oblast Nowosibirsk, Andrej Trawnikow, kündigt die Verlängerung der im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie beschlossenen Einschränkungen des öffentlichen Lebens bis zum 31. Mai 2021 an. Zu diesen Maßnahmen gehören unter anderem die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Maske auf öffentlichen Plätzen, Kontaktbeschränkungen und eine Ausweitung der Testpflicht bei Kontakt mit einer an Covid-19 erkrankten Person.
19.04.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.589 auf insgesamt 4.710.690 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 105.928 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 2.279 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
19.04.2021	Der »Russische Direkt-Investment-Fonds«, der für die Produktion und Vermarktung des in Russland entwickelten Covid-19-Impfstoffs »Sputnik V« zuständig ist, schließt mit der chinesischen Firma »Hualan Biological Bacterin Inc.« einen Vertrag über die Produktion von 100 Millionen Dosen des Vakzins im laufenden Jahr.
19.04.2021	Sergej Awdejew, Chef-Pulmonologe des russischen Gesundheitsministeriums gibt bekannt, dass rund 75 Prozent der Covid-19-Patienten, die künstlich beatmet werden mussten, verstarben. Er plädierte damit für ein Umdenken in der Behandlung von Patienten, die eine Beatmung benötigen.
20.04.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.164 auf insgesamt 4.718.854 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 106.307 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 1.996 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
20.04.2021	Die russische Verbraucherschutzbehörde gibt bekannt, dass aus dem Ausland einreisende Personen ab dem 01. Mai 2021 verpflichtet sind, sich innerhalb von fünf Tagen zwei Tests auf eine Erkrankung mit Covid-19 zu unterziehen und bis zum Erhalt der Ergebnisse in häuslicher Quarantäne zu verbleiben.
20.04.2021	Nepal lässt den in Russland entwickelten Covid-19-Impfstoff »Sputnik V« zu.
21.04.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.271 auf insgesamt 4.727.125 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 106.706 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 1.988 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
22.04.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.996 auf insgesamt 4.736.121 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 107.103 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 2.704 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
22.04.2021	Der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer kündigt an, Deutschland plane den Kauf von 30 Millionen Dosen des in Russland entwickelten Covid-19-Impfstoffs »Sputnik V« nach Zulassung des Vakzins in der EU durch die europäische Arzneimittelbehörde EMA.
23.04.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.840 auf insgesamt 4.744.961 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 107.501 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 2.502 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
23.04.2021	Die stellvertretende russische Ministerpräsidentin Tatjana Golikowa gibt bekannt, dass in sieben russischen Regionen eine Zunahme der Zahl der Covid-19-Erkrankungen festgestellt worden sei, in 16 Regionen seien die Zahlen rückläufig. Golikowas Angaben zufolge haben bisher bereits 6,8 Millionen Russen die erforderliche zweite Impfung gegen Covid-19 erhalten, elf Millionen Menschen die erste Dosis.
23.04.2021	Das russische Ministerium für Bildung und Wissenschaft teilt mit, dass der vom Tschumakow-Zentrum entwickelte Covid-19-Impfstoff »CoviVak« bis zum 25. April 2021 in 18 russische Regionen ausgeliefert werde. Geplant sei die Produktion von einer Millionen Dosen monatlich.
23.04.2021	Der russische Präsident Wladimir Putin unterzeichnet ein Dekret, in dem die Tage vom 4. bis zum 7. Mai 2021 zu arbeitsfreien Tagen erklärt werden. Damit ist die Kalenderwoche 18 in Russland bis einschließlich Montag, den 10. Mai eine arbeitsfreie Woche. Begründet wird diese Maßnahme mit dem Willen, den Trend der rückläufigen Covid-19-Infektionszahlen aufrechterhalten zu wollen.
24.04.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.828 auf insgesamt 4.753.789 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 107.900 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 2.541 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.

25.04.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.780 auf insgesamt 4.762.569 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 108.232 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 2.526 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
26.04.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.803 auf insgesamt 4.771.372 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 108.588 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 2.687 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
26.04.2021	Der »Russische Direkt-Investment-Fonds«, der für Vertrieb und Produktion des in Russland entwickelten Covid-19-Impfstoffs »Sputnik V« zuständig ist, kündigt an, in den kommenden Monaten mit der Produktion des Vakzins in der Türkei zu beginnen. Hierzu sei ein Vertrag mit dem türkischen Pharmaunternehmen »Viscoran Ilac« geschlossen worden.
26.04.2021	Die brasilianische Arzneimittelbehörde »Anvisa« lehnt die Zulassung des in Russland entwickelten Covid-19-Impfstoffs »Sputnik V« ab. Begründet wird die Ablehnung mit dem Nachweis vermehrungsfähiger Adenoviren in den zur Verfügung gestellten Proben. »Sputnik V« ist ein sogenannter Vektorimpfstoff, der auf deaktivierten Adenoviren basiert.
27.04.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.053 auf insgesamt 4.779.425 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 108.980 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 2.098 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
27.04.2021	Die stellvertretende russische Ministerpräsidentin Tatjana Golikowa gibt bekannt, dass bisher 12,1 Millionen russische Bürger mindestens die erste der notwendigen zwei Impfungen gegen Covid-19 erhalten hätten. 7,7 Millionen Menschen seien bereits vollständig geimpft.
27.04.2021	Bangladesch lässt den in Russland entwickelten Covid-19-Impfstoff »Sputnik V« zu.
28.04.2021	Die Region Primorje wird mit der ersten Charge des vom Tschumakow-Zentrum entwickelten Covid-19-Impfstoffs »CoviVak« beliefert. Insgesamt kommen 1.560 Dosen des Vakzins in der Region an. Nach Angaben der Behörden haben seit Beginn der Impfungen im Dezember 2020 rund 98.000 Menschen die erste von zwei notwendigen Impfungen erhalten, 66.900 Menschen bereits die zweite.
28.04.2021	Die Behörden des Autonomen Kreises der Tschuktschen geben bekannt, dass ab sofort jeder Einwohner über 60 Jahre eine einmalige Sonderzahlung von 2.000 Rubel (etwa 20 Euro) erhält, wenn er sich impfen lässt. Bisher sind etwa 6.800 Menschen gegen Covid-19 geimpft worden.
28.04.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 7.848 auf insgesamt 4.787.273 angestiegen. Dies ist der niedrigste Zuwachs seit Ende September 2020. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 109.367 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 1.840 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
28.04.2021	Der russische Präsident Wladimir Putin teilt dem indischen Ministerpräsidenten Narendra Modi mit, dass Russland Indien mit humanitärer Hilfe unterstützen wird. Russland wird mehrere Tonnen medizinisches Gerät und Medikamente in das von Covid-19 schwer getroffene Land senden.
29.04.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 9.284 auf insgesamt 4.796.557 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 109.731 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 3.215 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
29.04.2021	Nach Angaben des Meinungsforschungsinstituts WZIAM sind 46 Prozent der Russen bereit, sich gegen Covid-19 impfen zu lassen, elf Prozent gaben an, bereits eine Impfung erhalten zu haben. Rund 40 Prozent der Befragten gaben an, sich nicht impfen lassen zu wollen.
29.04.2021	Der »Russische Direkt-Investments-Fonds« (RDFI), der für Produktion und Vertrieb des in Russland entwickelten Covid-19-Impfstoffs »Sputnik V« verantwortlich ist, bereitet eine Verleumdungsklage gegen die brasilianische Arzneimittelbehörde »Anvisa« vor. »Anvisa« hatte die Zulassung des Vakzins in Brasilien abgelehnt, da Prüfungen vermehrungsfähige Viren nachgewiesen hatten. Der RDFI wirft der brasilianischen Behörde die bewusste Verbreitung von Falschinformationen vor und vermutet dahinter politische Einflussnahme.
29.04.2021	Anna Popowa, Leiterin der russischen Verbraucherschutzbehörde »Rospotrebnadzor« gibt bekannt, dass sich alle aus Indien einreisenden Personen ab sofort in Isolation begeben müssen, bis sie ein negatives Covid-19-Testergebnis erhalten. Tags zuvor war bereits bekannt geworden, dass alle aus Indien ankommenden Reisenden sich am Flughafen verpflichtend Schnelltests unterziehen müssen. Damit soll eine Ausbreitung der indischen Mutation des Virus in Russland verhindert werden.
29.04.2021	Die Behörden in Sankt Petersburg verlängern die zur Eindämmung des Coronavirus geltenden Beschränkungen bis zum 30. Mai 2021. Dazu gehören Einschränkungen bei öffentlichen Veranstaltungen sowie die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Maske in der Öffentlichkeit.

30.04.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.731 auf insgesamt 4.805.288 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 110.128 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 2.662 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
30.04.2021	Die Türkei und Albanien lassen den in Russland entwickelten Covid-19-Impfstoff »Sputnik V« zu.
01.05.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 9.270 auf insgesamt 4.814.558 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 110.520 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 3.208 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
02.05.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.697 auf insgesamt 4.823.255 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 110.862 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 2.699 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.

Die Zahlen der Infizierten in den einzelnen Chronikmeldungen stammen aus Meldungen russischer Medien.

Zusammengestellt von Alena Schwarz

CHRONIK

13. April – 01. Mai 2021

13.04.2021	Der russische Verteidigungsminister Sergej Schojgu gibt bekannt, dass zu Übungszwecken erfolgreich zwei Armeen sowie drei Verbände der russischen Luftlandtruppen an die Grenze zur Ukraine verlegt worden seien. Er wies dabei auf die volle Kampfbereitschaft der Verbände hin. Russland hatte am 6. April 2021 begonnen, Truppen an die ukrainische Grenze zu verlegen. Gleichzeitig entsendet die russische Marine 16 Kriegsschiffe für ein Manöver ins Schwarze Meer.
13.04.2021	Irina Fatjanowa, Leiterin des Regionalbüros des von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj gegründeten »Fonds für Korruptionsbekämpfung« in Sankt Petersburg, wird festgenommen. Gegen sie wird wegen der Organisation einer nicht genehmigten Protestveranstaltung am 31. Januar 2021 ermittelt. Ende Januar hatten in mehreren russischen Städten Protestkundgebungen zur Unterstützung des inhaftierten Nawalnyj stattgefunden.
13.04.2021	Der russische Präsident Wladimir Putin und sein US-amerikanischer Amtskollege Joe Biden führen ein Telefongespräch. Es ist das erste Gespräch der beiden Staatsoberhäupter, seit Biden im März 2021 in einem Fernsehinterview die Frage, ob er Putin für einen Mörder halte, bejaht hatte. Biden äußerte unter anderem Besorgnis über die Lage in der Ostukraine und forderte Putin auf, die Spannungen zu verringern. Er schlägt in diesem Zusammenhang ein Treffen der beiden Staatsoberhäupter auf neutralem Boden vor.
14.04.2021	Vorläufigen Daten der russischen Statistikbehörde »Rosstat« zufolge lag die Zahl der Menschen mit einem Einkommen unter dem Existenzminimum im Jahr 2020 bei 17,8 Millionen. Im Jahr 2019 waren es noch 18,1 Millionen. Damit lag die Armutsquote mit 12,1 Prozent um 0,2 Prozentpunkte niedriger als im Vergleich zum Vorjahr. Im Juli 2020 hatte der russische Präsident Wladimir Putin per Dekret das im Jahr 2018 gesetzte Ziel, die Armutsquote bis 2024 im Vergleich zu 2017 auf 6,5 Prozent zu halbieren, bereits bis 2030 verlängert.
14.04.2021	Das Oktjabrskij-Bezirksgericht in Sankt Petersburg verurteilt Irina Fatjanowa, Leiterin des Regionalbüros des von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj gegründeten »Fonds für Korruptionsbekämpfung« zu einer Verwaltungshaftstrafe von zehn Tagen. Das Gericht befindet sie der Organisation einer nicht genehmigten Protestveranstaltung am 31. Januar 2021 für schuldig. Im Januar hatte es russlandweit Massenproteste zur Unterstützung des inhaftierten Nawalnyj gegeben.
14.04.2021	Das Basmannyj-Bezirksgericht in Moskau verurteilt vier an der Herausgabe der Studentenzeitschrift »DOXA« beteiligte Studenten zu Hausarrest. Es ist ihnen verboten, das Haus zu verlassen, technische Kommunikationsmittel oder das Internet zu nutzen. Außerdem dürfen sie vorerst nur mit ihrem Anwalt kommunizieren. Die Studenten sollen im Januar Videobotschaften veröffentlicht haben, in denen sie Minderjährige auffordern, an den Protestaktionen zur Unterstützung des inhaftierten Oppositionspolitikers Aleksej Nawalnyj teilzunehmen. Nach Aufforderung der Medienaufsichtsbehörde hatten sie die fraglichen Videos aus dem Internet entfernt. Sie bestreiten jedoch die Vorwürfe.

15.04.2021	Die NATO-Mitgliedsstaaten äußern in einer gemeinsamen Erklärung ihre Besorgnis über den Aufmarsch russischer Truppen an der Grenze zur Ukraine. US-Außenminister Blinken nannte die Truppenbewegungen in einer gemeinsamen Erklärung mit dem NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg »die größte Militärpräsenz Russlands in der Region seit 2014«. Die Verbündeten fordern Russland auf, Schritte zur Deeskalation zu unternehmen.
15.04.2021	Die USA verhängen Sanktionen gegen 32 russische Unternehmen und Privatpersonen. Begründet werden diese neuen Sanktionen unter anderem mit der Einmischung Russlands in die US-Präsidentchaftswahl 2020. Auf der Sanktionsliste steht unter anderem Aleksej Gromow, erster stellvertretender Leiter der russischen Präsidentschaftsverwaltung. Er soll nach Ansicht Washingtons Medienaktivitäten beaufsichtigt haben, die darauf abzielten, innenpolitische Spannungen in den USA zu erzeugen. Außerdem kündigten die USA an, zehn Mitarbeiter der diplomatischen Vertretung Russlands in Washington auszuweisen. US-Banken wird außerdem der Handel mit neuen russischen Staatsschulden verboten.
15.04.2021	Der russische Botschafter in London, Andrej Kelin, wird ins britische Außenministerium einbestellt. Großbritannien zeigt sich besorgt über den Truppenaufmarsch Russlands an der ukrainischen Grenze. Der stellvertretende britische Außenminister Philip Barton wies darauf hin, dass Großbritannien die von den USA verhängten Sanktionen unterstütze.
15.04.2021	Der russische Botschafter in Polen wird ins polnische Außenministerium einbestellt. In einer diplomatischen Note erklärt Polen drei Mitarbeiter der Botschaft in Polen zur Persona non grata und drückt seine volle Solidarität mit der Entscheidung der USA zur Verhängung von Sanktionen gegen Russland aus. Als Reaktion auf die Ausweisung der Botschaftsmitarbeiter kündigte Russland seinerseits die Ausweisung dreier polnischer Diplomaten an.
16.04.2021	Der russische Ministerpräsident Michail Mischustin trifft sich in der belarussischen Hauptstadt Minsk mit Präsident Aleksandr Lukaschenko. Er kündigt an, in Kürze den Flug- und Bahnverkehr mit Belarus wieder aufnehmen zu wollen. Dieser war aufgrund der Covid-19-Pandemie eingeschränkt worden. Außerdem wird ab dem 30. April 2021 eine Hochgeschwindigkeitszug zwischen Moskau und Minsk verkehren.
16.04.2021	Das Moskauer Tuschinskij-Bezirksgericht verurteilt Pawel Selenskij, Videoproduzent für den von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj gegründeten »Fonds für Korruptionsbekämpfung«, wegen der Anstiftung zu Extremismus zu zwei Jahren Haft. Selenskij hatte im Oktober 2020 zwei Beiträge auf »Twitter« veröffentlicht, in dem er Bezug nahm auf den Selbstmord der Journalistin Irina Slawina. Darin soll er sich feindselig gegen Regierungsvertreter geäußert haben.
16.04.2021	Das Einkommen des russischen Präsidenten Wladimir Putin lag im Jahr 2020 bei 9.994.692 Rubel (etwa 110.000 Euro). Im Jahr 2019 hatte es 9,7 Millionen Rubel (damals etwa 139.000 Euro) betragen. Regierungsmitglieder sind verpflichtet, einmal jährlich ihre Einkommens- und Vermögensverhältnisse offenzulegen. Auch der russische Ministerpräsident Michail Mischustin legt sein Einkommen aus dem Jahr 2020 offen. Dieses lag bei 19,9 Millionen Rubel (etwa 219.000 Euro).
16.04.2021	Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel, der französische Präsident Emmanuel Macron sowie sein ukrainischer Amtskollege Wolodymyr Selenskij fordern die russische Regierung in einer gemeinsamen Erklärung auf, die an der russischen Grenze zur Ukraine stationierten Truppen abzuführen. Russland hatte in den vergangenen zwei Wochen seine militärische Präsenz in der Region massiv verstärkt. Beobachter sprechen von der größten Truppenkonzentration seit Beginn der Krise im Jahr 2014.
17.04.2021	Das russische Außenministerium empfiehlt dem ukrainischen Konsul in Sankt Petersburg, Aleksandr Sossonjuk, Russland innerhalb von 72 Stunden zu verlassen. Laut Angaben des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB war Sossonjuk auf frischer Tat ertappt worden, als er geheime Informationen aus Datenbanken der russischen Strafverfolgungsbehörde entgegennahm. In einer spiegelbildlichen Reaktion verweist die Ukraine ebenfalls einen Diplomaten aus der russischen Botschaft in Kiew des Landes.
17.04.2021	Tschechien weist 18 russische Diplomaten aus. Außerdem wurde der russische Botschafter in Tschechien ins tschechische Außenministerium einbestellt. Der tschechische Ministerpräsident Andrej Babisch erklärte, tschechische Behörden hätten Hinweise darauf, dass die Diplomaten an der Explosion eines Munitionslagers im Jahr 2014 beteiligt gewesen sein sollen.
18.04.2021	Der deutsche Außenminister Heiko Maas fordert Russland auf, dem inhaftierten russischen Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj angemessene medizinische Versorgung zukommen zu lassen. Nawalnyj sitzt seit Ende Januar 2021 in Haft und trat am 31. März 2021 aus Protest gegen fehlende medizinische Versorgung in einen Hungerstreik. Beobachter stufen seinen Gesundheitszustand als sehr besorgniserregend ein.

18.04.2021	Aus Protest gegen die Ausweisung von 18 russischen Diplomaten aus Tschechien bestellt Russland den tschechischen Botschafter in Moskau ins Außenministerium ein. Die tschechische Regierung hatte die Ausweisung mit Hinweisen auf die Beteiligung der Diplomaten an der Explosion eines Munitionslagers im Jahr 2014 begründet. Als Reaktion auf die Ausweisung verweist Russland 20 tschechische Diplomaten des Landes.
19.04.2021	Der seit Ende Januar 2021 inhaftierte russische Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj wird in ein Gefängnis-Krankenhaus verlegt. Nawalnyj hatte seit Mitte März über starke Rückenschmerzen geklagt und war am 31. März 2021 in einen Hungerstreik getreten aus Protest über die mangelhafte medizinische Versorgung. Unabhängige Beobachter stufen seinen Gesundheitszustand als besorgniserregend ein.
19.04.2021	Der Anfang April zurückgetretene Gouverneur der Oblast Uljanowsk, Sergej Morosow, wird Assistent des bevollmächtigten Vertreters des russischen Präsidenten im Föderationskreis Wolga. Er hatte seinen Rücktritt mit dem Wunsch begründet, bei der Parlamentswahl im September für die russische Staatsduma zu kandidieren.
19.04.2021	Der Gouverneur der Oblast Kemerowo, Sergej Ziwiljew, gibt für das Jahr 2020 ein Einkommen in Höhe von 7,8 Millionen Rubel (etwa 85.000 Euro) an. Das Einkommen seiner Ehefrau lag nach seinen Angaben im Jahr 2020 bei 42,5 Millionen Rubel (etwa 464.000 Euro). Russische Regierungsangehörige sind verpflichtet, jährlich ihre Einkünfte des Vorjahres offenzulegen.
19.04.2021	Das Oktjabrskij-Bezirksgericht in Sankt Petersburg verurteilt Denis Michailow, ehemaliger Leiter des Regionalbüros des von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj gegründeten »Fonds für Korruptionsbekämpfung«, zu sieben Tagen Verwaltungshaft. Er soll am 31. Januar 2021 an einer nicht genehmigten Protestveranstaltung teilgenommen haben. Ende Januar fanden in ganz Russland Massenproteste zur Unterstützung Aleksej Nawalnyjs statt.
20.04.2021	Russland richtet Flugverbotszonen für den zivilen Luftverkehr über dem Schwarzen Meer und Teilen der Krim ein. Diese sollen bis zum 24. April 2021 bestehen bleiben. Begründet wird diese Maßnahme mit einem Übungsmanöver, das zurzeit im Schwarzen Meer abgehalten wird.
20.04.2021	Das Stadtgericht in Sytywkar erklärt den ehemaligen Gouverneur der Republik Komi, Wjatscheslaw Gajser des Machtmissbrauchs für schuldig. Gajser war von 2010 bis 2015 Gouverneur der Republik. Er soll während seiner Amtszeit den Auftrag zum Bau mehrerer Mehrfamilienhäuser in der Hauptstadt der Republik, Sytywkar, ohne Ausschreibung an einen mit ihm befreundeten Unternehmer vergeben haben. Der Schaden für den städtischen Haushalt beläuft sich nach offiziellen Angaben auf 8,7 Millionen Rubel (etwa 96.000 Euro). Das Gericht verurteilt ihn zu eineinhalb Jahren Haft, stellt ihn jedoch gleichzeitig wegen Verjährung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit von der Strafe frei.
21.04.2021	In Moskau wird die Anwältin des von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj gegründeten »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK), Ljubow Sobol, festgenommen. Nawalnyjs Mitarbeiter hatten für heute zu Protestkundgebungen zu seiner Unterstützung aufgerufen. Nawalnyj befindet sich seit seiner Rückkehr nach Russland am 17. Januar 2021 in Haft und trat Ende März in einen Hungerstreik. Damit protestiert er gegen die unzureichende medizinische Behandlung im Gefängnis. Er befindet sich zurzeit im Gefängnis-Krankenhaus. Beobachter stufen seinen Gesundheitszustand als besorgniserregend ein. Auch Kira Jarmysch, Pressesprecherin des FBK wird festgenommen.
21.04.2021	In mehreren russischen Städten finden im Vorfeld nicht genehmigte Kundgebungen zur Unterstützung des inhaftierten Oppositionspolitikers Aleksej Nawalnyj statt. Allein in Moskau beteiligen sich nach offiziellen Angaben rund 6.000 Menschen an der Protestaktion. Nach Angaben der Nichtregierungsorganisation »OWD Info« werden dabei russlandweit rund 2.000 Menschen in 103 Städten festgenommen.
21.04.2021	In Jekaterinburg durchsuchen Sicherheitskräfte die Wohnung des Leiters des Regionalbüros des von Aleksej Nawalnyj gegründeten »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK), Aleksej Gresko. Bereits am Vortag war ein Mitarbeiter des Regionalbüros unter dem Vorwurf des Verstoßes gegen festgelegte Verfahren bei der Durchführung einer Kundgebung festgenommen worden. Nawalnyjs Mitarbeiter hatten zu landesweiten Protesten zu dessen Unterstützung aufgerufen.
21.04.2021	In seiner Rede zur Lage der Nation vor der Föderalversammlung appelliert der russische Präsident Wladimir Putin an die Einwohner, sich gegen Covid-19 impfen zu lassen. Außerdem kündigt er verschiedene Sozialmaßnahmen an. Mit Blick auf die Spannungen mit dem westlichen Ausland warnte er vor dem Überschreiten von roten Linien.
21.04.2021	Das Leninskij-Bezirksgericht in Astrachan befindet die ehemalige Vorsitzende des Dsershinskij-Bezirksgerichts in Wolgograd, Julija Dobrynina, des Betrugs für schuldig. Sie soll im Rahmen eines Verfahrens der Stadt gegen einen Bauunternehmer Bestechungsgelder in Höhe von 2,5 Millionen Rubel (etwa 27.000 Euro) angenommen haben. Dobrynina wird zu zwei Jahren Haft verurteilt.

21.04.2021	Der Politiker und ehemalige Duma-Abgeordnete Wladimir Ryschkow (»Partei der Volksfreiheit«) wird festgenommen. Ihm wird die Organisation einer nicht genehmigten Kundgebung vorgeworfen. Ryschkow hatte gemeinsam mit Unterstützern des inhaftierten Oppositionspolitikers Aleksej Nawalnyj zu landesweiten Protesten aufgerufen.
21.04.2021	In Nishnij Nowgorod wird Jefim Chasanow, Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften, festgenommen. Ihm wird vorgeworfen, auf »Facebook« einen Post geteilt zu haben, der auf die geplanten Protestaktionen von Unterstützern des inhaftierten Oppositionspolitikers Aleksej Nawalnyj Bezug nahm.
21.04.2021	Das Meschtschanskij-Bezirksgericht in Moskau verurteilt die Pressesprecherin des von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj gegründeten »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK), Kira Jarmysch, zu zehn Tagen Verwaltungshaft. Ihr wird die Organisation einer nicht genehmigten Kundgebung vorgeworfen. Jarmyschs Anwältin Veronika Poljakowa betonte dagegen, dass Jarmysch aufgrund des im Februar angeordneten Hausarrests keinen Zugang zu Internet oder anderen Kommunikationsmitteln gehabt habe und deshalb gar nicht zur Teilnahme an den Protesten hätte aufrufen können. Nawalnyjs Team hatte zu landesweiten Protesten aufgerufen.
22.04.2021	Der russische Präsident Wladimir Putin und sein belarussischer Amtskollege Aleksandr Lukaschenko treffen sich zu Gesprächen in Moskau. Thema der Gespräche wird unter anderem der Kampf gegen Covid-19 sein sowie aktuelle Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.
22.04.2021	Der Leiter des Regionalbüros des von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj gegründeten »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK) in Belgorod, Maksim Klimow, wird zu 25 Tagen Verwaltungshaft verurteilt. Das Oktjabrskij-Bezirksgericht in Belgorod befindet ihn der Organisation einer nicht genehmigten Kundgebung für schuldig. Am Vortag fanden landesweit Protestkundgebungen zur Unterstützung Nawalnyjs statt, zu deren Teilnahme der FBK aufgerufen hatte.
22.04.2021	Der Leiter des Regionalbüros des von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj gegründeten »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK) in Ishewsk, Iwan Jelisjew, wird zu 25 Tagen Verwaltungshaft verurteilt. Das Oktjabrskij-Bezirksgericht in Ishewsk befindet ihn der Organisation einer nicht genehmigten Kundgebung für schuldig. Am Vortag fanden landesweit Protestkundgebungen zur Unterstützung Nawalnyjs statt, zu deren Teilnahme der FBK aufgerufen hatte.
22.04.2021	Der am Vortag festgenommene Politiker und ehemalige Duma-Abgeordnete Wladimir Ryschkow wird vom Chamownitscheskij-Bezirksgericht in Moskau zur Zahlung einer Geldstrafe in Höhe von 20.000 Rubel (etwa 220 Euro) verurteilt. Ihm wird die Organisation einer nicht genehmigten Kundgebung vorgeworfen. Er hatte am 18. April 2021 einen Tweet des Radiosenders »Echo Moskwy« retweetet, der sich auf die für den 21. April 2021 geplanten Protestkundgebungen zur Unterstützung des inhaftierten Oppositionspolitikers Aleksej Nawalnyj bezog.
22.04.2021	Der tschechische Außenminister Jakub Kulhánek fordert Russland auf, bis Mai die Anzahl seiner Mitarbeiter in der russischen Botschaft in Prag zu reduzieren. Die tschechische Regierung hatte zuvor beschlossen, die Anzahl der Mitarbeiter der russischen Botschaft sei auf das Maß der Mitarbeiter der tschechischen Botschaft in Moskau zu reduzieren. Am 17. April hatte Tschechien 18 russische Diplomaten des Landes verwiesen. Sie sollen an der Explosion eines Munitionslagers im Jahr 2014 beteiligt gewesen sein.
22.04.2021	Die Slowakei weist drei russische Diplomaten aus. Die slowakische Regierung begründet diesen Schritt mit der Verschlechterung der Beziehungen Russlands zu Tschechien. Tschechien hatte am 17. April 2021 18 russische Botschaftsmitarbeiter ausgewiesen. Sie sollen an der Explosion eines Munitionslagers im Jahr 2014 beteiligt gewesen sein.
23.04.2021	In der Region Primorje brennt eine Waldfläche von insgesamt 514 Hektar. Die Behörden melden acht Brandherde, von denen zurzeit sieben aktiv gelöscht werden. Die Zahl der Brandherde hat sich innerhalb eines Tages verdoppelt. Bereits am Vortag meldete Wladiwostok dichte Rauchentwicklung aufgrund der Brände.
23.04.2021	Der am 21. April 2021 festgenommene Jefim Chasanow, Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften, wird vom Kanawinskij-Bezirksgericht in Nishnij Nowgorod zur Zahlung einer Geldstrafe in Höhe von 20.000 Rubel (etwa 220 Euro) verurteilt. Das Gericht befand ihn des Verstoßes gegen das festgelegte Verfahren bei der Durchführung einer Kundgebung für schuldig. Chasanow hatte einen »Facebook«-Post geteilt, der Bezug nahm auf die von Unterstützern des inhaftierten Oppositionspolitikers Aleksej Nawalnyj organisierten und im Vorfeld nicht genehmigten Protestkundgebungen am 21. April 2021.
23.04.2021	Russland weist fünf polnische Diplomaten aus. Damit reagiert die russische Regierung auf die Ausweisung dreier russischer Diplomaten aus Polen am 15. April 2021. Polen hatte mit der Ausweisung seine Solidarität mit der Entscheidung der USA zur Verhängung von Sanktionen gegen Russland ausgedrückt.

23.04.2021	Das Ismailowskij-Bezirksgericht in Moskau verurteilt Tatjana Usmanowa, Leiterin der in Russland als unerwünschte Organisation registrierten Bewegung »Otkrytaja Rossija« (dt. »Offenes Russland«) zu einer Geldstrafe von 150.000 Rubel (etwa 1.600 Euro). Ihr wird der Verstoß gegen Hygienevorschriften vor dem Hintergrund der Coronavirus-Pandemie vorgeworfen. Usmanowa hatte Anfang März 2021 den sogenannten »Kongress der städtischen Abgeordneten« veranstaltet. Rund 200 Teilnehmer waren festgenommen worden.
23.04.2021	Das russische Justizministerium setzt das russische Exilmedium »Meduza« auf die Liste der sogenannten »ausländischen Agenten«. Die Redaktion von »Meduza« sitzt aufgrund von Repressionen in Lettland.
23.04.2021	Der seit Januar 2021 inhaftierte russische Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj verkündet das Ende seines Hungerstreiks. Nawalnyj war am 31. März 2021 aus Protest gegen ausbleibende medizinische Behandlung in den Hungerstreik getreten. Seine Forderung bleibe bestehen, betonte er, jedoch nehme er den Rat seiner Vertrauten ernst und beende seinen Hungerstreik. Nawalnyj war am 19. April 2021 in ein Gefängnis Krankenhaus verlegt worden.
23.04.2021	Litauen weist zwei russische Diplomaten aus. Die litauische Regierung begründet diesen Schritt mit der Solidarität zu Tschechien. Tschechien hatte am 17. April 2021 18 russische Diplomaten des Landes verwiesen. Es gebe Hinweise darauf, dass diese an der Explosion eines Munitionslagers im Jahr 2014 beteiligt gewesen sind.
23.04.2021	Der russische Präsident Wladimir Putin beauftragt die Regierung mit der Erstellung einer »Liste unfreundlicher Staaten«. Geplant seien Einschränkungen für deren diplomatische Vertretungen, die Einstellung von Mitarbeitern soll begrenzt werden. Dies geht aus einer vom Kreml veröffentlichten Mitteilung hervor. Begründet wird dieser Schritt mit der möglichen Anwerbung russischer Bürger durch westliche Geheimdienste.
24.04.2021	In der Oblast Tscheljabinsk wird die Alarmbereitschaft aufgrund der Waldbrände erhöht. Bisher wurden insgesamt 2.805 aktive Brände registriert. Das Betreten von Wäldern ist nur noch mit Einschränkungen erlaubt, das Abbrennen von Reisig und anderen brennbaren Materialien ist ab sofort verboten.
26.04.2021	Das rumänische Außenministerium weist einen russischen Diplomaten aus. Begründet wurde dieser Schritt mit »Aktivitäten, die dem Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen zuwiderlaufen«. Russland kündigte eine spiegelbildliche Reaktion an.
26.04.2021	Russland weist einen italienischen Diplomaten aus. Begründet wird dieser Schritt mit der Festnahme eines russischen Staatsbürgers in Italien wegen des Verdachts auf Spionage am 30. März 2021. Der italienische Außenminister hatte daraufhin die Ausweisung zweier russischer Diplomaten angekündigt.
26.04.2021	Die Moskauer Staatsanwaltschaft reicht Klage beim Moskauer Stadtgericht auf Einstufung des von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj gegründeten »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK) und seiner »Stiftung zum Schutz der Bürgerrechte« als extremistisch ein. Bis zur Entscheidung des Gerichts müssen die NGOs ihre Tätigkeit aussetzen.
26.04.2021	Das Simonowskij-Bezirksgericht in Moskau verurteilt die Anwältin des von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj gegründeten »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK), Ljubow Sobol, zur Zahlung einer Geldstrafe in Höhe von 300.000 Rubel (etwa 3.300 Euro). Ihr wird die wiederholte Verletzung des festgelegten Verfahrens zur Organisation einer nicht genehmigten Veranstaltung vorgeworfen. Sobol hatte in einer Sendung des Radiosenders »Echo Moskwj« zur Teilnahme an einer Protestaktion zur Unterstützung Nawalnyjs am 21. April 2021 aufgerufen.
26.04.2021	Großbritannien verhängt Sanktionen gegen 14 russische Staatsbürger als Teil einer sogenannten »Anti-Korruptions-Initiative«. Sie sollen im Jahr 2007 durch gefälschte Steuererleichterungen russisches Staatseigentum im Wert von 230 Millionen Dollar veruntreut haben. Die betroffenen Personen stehen auch auf der sogenannten »Magnitskij-Liste«. Sergej Magnitskij hatte hochrangigen russischen Beamten die betreffende Veruntreuung nachgewiesen. Er starb im Jahr 2009 in einem russischen Untersuchungsgefängnis. Die nun erlassenen Sanktionen sehen das Einfrieren der Vermögenswerte in Großbritannien vor, außerdem wird die Einreise ins Land untersagt.
27.04.2021	Das russische Gesundheitsministerium veröffentlicht abschließende Daten zur Sterblichkeitsrate im Jahr 2020. Aus dem Bericht geht hervor, dass die Sterblichkeit im Jahr 2020 um 17,9 Prozent höher lag als im Jahr 2019. Auch die Lebenserwartung sank um rund zwei Jahre auf 71,5 Jahre. Die Bevölkerung schrumpfte um 688.700 Menschen im Vergleich zum Vorjahr. Dies ist der höchste Wert seit 2015.
28.04.2021	Russland weist zwei Mitarbeiter der litauischen Botschaft sowie jeweils einen Mitarbeiter der estnischen und lettischen Botschaft aus. Es reagiert damit auf die Ausweisung russischer Diplomaten aus allen baltischen Staaten aus Solidarität mit Tschechien. Tschechien hatte am 17. April 2017 18 russische Diplomaten des Landes verwiesen, die in die Explosion eines Munitionslagers im Jahr 2014 verwickelt gewesen sein sollen.

28.04.2021	Das russische Außenministerium teilt die Ausweisung dreier slowakischer Diplomaten mit. Es reagiert damit spiegelbildlich auf die Ausweisung russischer Diplomaten aus der Slowakei am 22. April 2021. Die Slowakei hatte aus Solidarität mit Tschechien drei russische Diplomaten des Landes verwiesen. Aus Tschechien waren am 17. April 2021 18 russische Diplomaten ausgewiesen worden, die in die Explosion eines Munitionslagers im Jahr 2014 verwickelt gewesen sein sollen.
28.04.2021	Die bulgarischen Behörden untersuchen die mögliche Beteiligung von sechs Russen an vier Explosionen in bulgarischen Munitionslagern zwischen 2011 und 2020. Die dort gelagerte Munition war für den Export nach Georgien und in die Ukraine bestimmt gewesen, so eine Sprecherin des Generalstaatsanwalts. Außerdem überprüften die Behörden mögliche Zusammenhänge zu der Explosion eines Munitionslagers in Tschechien im Jahr 2014. Tschechien hatte am 17. April 2021 18 russische Diplomaten ausgewiesen, die daran beteiligt gewesen sein sollen.
28.04.2021	Das Oktjabrskij-Bezirksgericht in Murmansk verurteilt die Leiterin des Regionalbüros des von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj gegründeten »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK), Wioletta Grudina, zu einer Geldstrafe von 75.000 Rubel (etwa 830 Euro). Das Gericht befindet sie der Organisation einer nicht genehmigten Protestveranstaltung für schuldig. Der FBK hatte für den 21. April 2021 zu landesweiten Protesten zur Unterstützung Nawalnyjs aufgerufen. Nach offiziellen Angaben nahmen in Murmansk etwa 100 Menschen an der Protestaktion teil.
29.04.2021	Leonid Wolkow, Mitarbeiter des von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj gegründeten »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK), kündigt die Auflösung des Netzwerks von Regionalbüros des Fonds an. Das Moskauer Stadtgericht hatte am 26. April 2021 ein Tätigkeitsverbot für den Fonds angeordnet, nachdem die Staatsanwaltschaft Klage im Zusammenhang mit der Durchführung »extremistischer Aktivitäten« eingereicht hatte. Wolkow kündigte an, dass einige Regionalbüros als unabhängige soziale oder politische Bewegungen weiterarbeiten wollten.
29.04.2021	Das russische Ermittlungskomitee eröffnet ein Strafverfahren gegen Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj, den Direktor des von Nawalnyj gegründeten »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK), Iwan Shdanow, sowie FBK-Mitarbeiter Leonid Wolkow. Ihnen wird die Gründung einer gemeinnützigen Organisation, die die Rechte der Bürger verletzt, vorgeworfen. Shdanow und Wolkow befinden sich zurzeit im Ausland, Nawalnyj sitzt seit seiner Rückkehr nach Russland im Januar 2021 in Haft. Gegen den FBK läuft ein Gerichtsverfahren wegen des Verdachts auf »extremistische Aktivitäten«.
29.04.2021	Bulgarien weist einen russischen Diplomaten aus. Dies teilte das bulgarische Außenministerium mit. Bulgarien hatte am Vortag bekanntgegeben, im Zusammenhang mit vier Explosionen in Munitionslagern in den Jahren 2011 bis 2020 gegen sechs russische Staatsbürger zu ermitteln.
30.04.2021	In Moskau wird der Rechtsanwalt Iwan Pawlow festgenommen. Ihm wird die Veröffentlichung von vorläufigen Ermittlungsergebnissen vorgeworfen. Pawlow ist Anwalt der Menschenrechtsorganisation »Komanda 29« (dt. »Mannschaft 29«). Er vertritt vor Gericht Angeklagte, denen Verbrechen gegen die Staatssicherheit vorgeworfen werden. Zu seinen Mandanten zählen unter anderem der im Juli 2020 festgenommene ehemalige Journalist Iwan Safronow sowie der von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj gegründete »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK) sowie die »Stiftung zum Schutz der Bürgerrechte«. Gegen beide laufen zurzeit Gerichtsverfahren wegen extremistischer Tätigkeiten beziehungsweise Tätigkeiten zum Zwecke des Schadens russischer Bürger.
30.04.2021	Die russische Bundesfinanzaufsicht »Rosfinmonitoring« nimmt den Hauptsitz des von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj gegründeten »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK) in Moskau in die Liste extremistischer Organisationen auf. Dies hat die Sperrung der Bankkonten des Fonds zur Folge. Die Moskauer Staatsanwaltschaft hatte am 16. April 2021 Klage gegen den Fonds eingereicht, am 26. April 2021 war die Tätigkeit bis zum Abschluss des Verfahrens verboten worden.
30.04.2021	Russland verhängt Einreiseverbote gegen acht EU-Vertreter, unter anderem David Maria Sassoli, Präsident des Europaparlaments. Begründet wird diese Maßnahme mit der Verhängung von Sanktionen der EU gegen sechs russische Staatsfunktionäre im März 2020. Diese hatte die EU wegen der Inhaftierung des russischen Oppositionspolitikers Aleksej Nawalnyj auf den Weg gebracht.
01.05.2021	Der russische Botschafter in Schweden wird ins schwedische Außenministerium einbestellt. Damit protestiert Schweden gegen die am Vortag verhängten Einreiseverbote für EU-Vertreter nach Russland. Die von Russland ergriffenen Maßnahmen seien im Gegensatz zu den EU-Sanktionen aus März 2021 willkürlich, ihre Rechtsgrundlage fragwürdig.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Schwarz

Sie können die gesamte Chronik seit 2003 (zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992) auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Anastasia Stoll (verantwortlich)
Sprachredaktion: Hartmut Schröder
Chronik: Alena Schwarz
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Prof. Dr. Alexander Libman, Freie Universität Berlin
Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2021 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>